

IPPNW akzente

Eine Information der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V..

IPPNW-Delegationsreise in die Türkei 2010

Mai 2010



Ethnischer Schmelztiegel, Freunde in Mardin

Foto: Mehmet Bayval

Demokratische Öffnung und friedliche Lösung der Kurdenfrage –
Inhaftierung und Repression gegen kurdische Kinder und
politisch Aktive – zwei Seiten derselben Medaille?

IPPNW-Delegationsreise in die Türkei vom 13. bis 27. März 2010
Istanbul, Van, Hakkari, Yüksekova, Diyarbakir, Mardin, Kiziltepe, Hasankeyf, Midyat,
Izmir



TeilnehmerInnen: Dr. Gisela Penteker, Ernst-Ludwig Iskenius, Dr. Friederike Speitling, Elke Schrage, Christa Blum, Helmut Käss, Sihem Kösal, Friedrich Vetter, Monika Bergen, Eva Klippenstein, Steffi Kern, Jana Simon, Linda Müller, Leyla Topuz und Mehmet Bayval

Endredaktion – Gestaltung/Layout: Mehmet Bayval, Gisela Penteker, Jens-Peter Steffen

Fotos: Mehmet Bayval, Gisela Penteker

Bestellung über IPPNW-Geschäftsstelle, Körtestr.10, 10967 Berlin, 030/698074-0, ippnw@ippnw.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
Reiseablauf und Gesprächspartner.....	6
Schwerpunkte unserer Gespräche.....	8
Istanbul.....	8
Van	8
Hakkari	12
Diyarbakir	13
Mor Gabriel.....	16
Midyat.....	16
Izmir.....	17
Spendenaufwurf für die inhaftierten Kinder.....	18
Die kurdische Frage	19
Gesundheitspolitik und türkisches Gesundheitswesen im Wandel	22
Ärztammer Diyarbakir	23
Haltung der Ärztekammer Diyarbakir zum türkischen Gesundheitswesen.....	23
Mesopotamisches Gesundheitsforum	23
Eindrücke in Hakkari	24
Behindertenverein Hakkari	24
Die Rückkehr in die Dörfer	25
Flüchtlinge in der Türkei	27
1. Flüchtlinge, die Asyl beantragen	27
2. Flüchtlinge ohne Papiere.....	28
3. Menschen, die auf dem Flughafen aufgegriffen werden,	29
Treffen mit Ali Y. in Midyat	30
Treffen mit Familie S. in Kiziltepe.....	31
Die türkischen Samstagmütter und die bittere Konfrontation mit der Wahrheit.....	32
Samstagmütter	33
Das Justizverfahren Ergenekon	35
Der Wahrheit ins Auge sehen	35
Literaturempfehlungen von TeilnehmerInnen der Delegationsreise.....	35
Belletristik:	36
Sachliteratur:	37
Film:.....	38
Internet:	39
Armenienthematik:	39
Weitere Sachberichte	39

Editorial

Gisela Penteker

Thema Nummer eins und vorrangige Sorge aller unserer diesjährigen Gesprächspartner waren die Kinder in den Gefängnissen. Hunderte Kinder zwischen 12 und 16 Jahren sind verhaftet und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie an Demonstrationen teilgenommen, das Victoryzeichen gezeigt oder Steine gegen Polizisten geworfen haben, oder weil sie einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Bei der Festnahme sind sie meistens massiv verprügelt und verletzt worden. Da sie dem Antiterrorgesetz und nicht dem Jugendstrafrecht unterliegen, sitzen sie im Erwachsenenvollzug ohne Betreuung, ohne Schule, ohne Rehabilitationsaussichten. Sie sind in einem erbarmungswürdig schlechten körperlichen und vor allem seelischen Zustand.

- Und Europa schweigt!

Emrullah Cin, der frühere Bürgermeister von Viransehir, der uns in den letzten Jahren ein wichtiger Gesprächspartner war, ist zusammen mit seiner Nachfolgerin und vielen anderen gewählten Bürgermeistern der inzwischen verbotenen kurdischen Partei DTP verhaftet worden. Auch Muharrem Erbey, der Leiter des IHD in Diyarbakir sitzt im Gefängnis und wartet auf seinen Prozess. Osman Baydemir, der Oberbürgermeister von Diyarbakir, ist mit einem Ausreiseverbot belegt. So wird die Arbeit der kurdischen Politiker massiv behindert und wir fragen uns, mit wem die Regierung den Prozess der demokratischen Öffnung gestalten will.

Zu Beginn der Reise trafen wir in Istanbul Ekrem Eddy Güzeldere, einen jungen deutsch-türkischen Wissenschaftler, der seit fünf Jahren in Istanbul in einem Thinktank zur kurdischen Frage arbeitet. Seine Einschätzung der Situation war trotz aller Einschränkungen und Rückschläge positiv. Der Prozess der Öffnung und der Demokratisierung sei nicht mehr aufzuhalten. Es gebe Widersprüche, weil es um eine neue Machtbalance zwischen Exekutive und Legislative, zwischen Justiz, Militär und „Tiefem Staat“ gehe. Das gehe nicht ohne Reibungsverluste.

Viele unserer kurdischen Gesprächspartner vor allem in Diyarbakir teilten diese positive Einschätzung. Trotz der Wut über die Verhaftungen, trotz der Sorge um die Inhaftierten, trotz der massiven Behinderungen der politischen Arbeit sind sie überzeugt: Der Prozess der Demokratisierung und der politischen Lösung der Kurdenfrage ist nicht mehr aufzuhalten.

Der Oberbürgermeister Osman Baydemir ist in Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister von Hannover über eine Städtepartnerschaft. Dazu hat er eine gebildete, westlich geprägte Frau mit sehr guten Englischkenntnissen eingestellt.

Auch die Besinnung auf die multikulturelle, multiethnische und multireligiöse Vergangenheit von Diyarbakir ist für Baydemir weiterhin ein wichtiges Anliegen.

Auf den bunten Newrozfeiern in Yüksekova, Kiziltepe und Diyarbakir konnten wir erleben, welchen Rückhalt die kurdischen Politiker, aber auch die PKK und Abdullah Öcalan in der Bevölkerung haben. Um die prominenten Vertreter wie Leyla Zana, Ahmet Türk, Selahattin Demirtas und Osman Baydemir wird ein heftiger Personenkult getrieben. Besonders in Yüksekova erschreckten uns die vielen Menschen, auch Kinder, in Guerilla Uniform. Die Menschen hier haben soviel Krieg und Gewalt erlebt, sie sehnen sich so sehr nach Frieden, aber Mütter stecken ihre Kinder in Uniformen und Kämpfer sind Helden und Märtyrer!

In Hakkari, das durch seine Lage in den Bergen sehr abgeschlossen ist, herrschte eine düstere Hoffnungslosigkeit. Die Menschen sind so verhaftet in ihrer Wut und Trauer, dass sie die positiven Veränderungen, die es auch hier gibt, gar nicht bemerken.

Die Regierung hat ein neues Krankenhaus gebaut, das mit 54 Fachärzten gut ausgerüstet ist. Vor zwei Jahren gab es nur zwei Fachärzte. Ein teilweise in Deutschland ausgebildeter HNO-Facharzt, der hier seine zweijährige Zwangsverpflichtung ableistet, zeigte uns voller Stolz das Haus und war davon überzeugt, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung von Hakkari jetzt überdurchschnittlich gut wäre und dass jeder Zugang hätte. Das Leben in der Stadt sei auch für westlich geprägte Menschen angenehm. Seine Frau und seine Kinder lebten allerdings in Izmir. Ihnen wolle er die Lebensbedingungen in Hakkari nicht zumuten. Vor dem Krankenhaus sammelte die Gesundheitsgewerkschaft Unterschriften für eine bessere Ausstattung des Krankenhauses. Fachärzte wären jetzt durch die Zwangsverpflichtung zwar da, es fehle aber an qualifiziertem Personal und der Basisausrüstung.

In Hasankeyf kamen wir gerade zur rechten Zeit um mit anderen aktiven einheimischen und ausländischen Gruppen Bäume am Tigrisufer zu pflanzen. Bäume der Hoffnung gegen die drohende Zerstörung durch den Ilisu Staudamm, dessen Bau von der türkischen Regierung weiter vorangetrieben wird. Vorher konnten wir uns überzeugen, dass die in den Vorjahren gepflanzten Bäume gedeihen und umsorgt werden.

In Mardin und Midyat streiften wir durch die Gassen der von der christlichen Vergangenheit geprägten Altstädte und ließen uns im Syrisch Orthodoxen Kloster Mor Gabriel über den Verlauf des absurden Rechtsstreits mit den moslemischen Nachbarn um die Ländereien des Klosters informieren.

Seit einer Begegnung mit Flüchtlingen aus dem Iran in Van vor einigen Jahren hat uns das Thema der Transitflüchtlinge in der Türkei beschäftigt, die hier in einer ausweglosen und rechtsfreien Situation sind. Zwar hat die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet aber mit dem geografischen Vorbehalt, dass sie nur auf Flüchtlinge aus Europa Anwendung findet.

Für Flüchtlinge, die nicht aus Europa kommen, hat der UNHCR ein sehr begrenztes Mandat für eine Weitervermittlung in Drittländer. Nach einem Bericht von ai Türkei wird jetzt die Forderung nach einem türkischen Asylrecht erhoben. Bei unseren bisherigen Nachfragen schien keiner unserer Gesprächspartner sich mit dem Thema zu beschäftigen. Diesmal hatten fast alle schon mit Transitflüchtlingen zu tun und waren eingebunden in die Bemühungen, die desolade Situation zu regeln und zu verbessern. Dazu gibt es einen detaillierten Bericht von Christa Blum, Friedrich Vetter und Linda Müller in diesem Heft.

Im Folgenden geben wir einen Chronologischen Überblick über Reiseroute und Gesprächspartner mit kurzen Inhaltsangaben. Daran schließen sich persönliche Berichte der TeilnehmerInnen zu einzelnen Schwerpunktthemen.

Mehrfach sind wir in diesem Jahr kritisch gefragt worden, was wir mit den Informationen machen, die wir jedes Jahr sammeln und warum man in Europa so wenig weiß über die Lage der Kurden. Wir planen, einige VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die wir getroffen haben, nach Deutschland einzuladen und so zu einem echten Austausch beizutragen.

Wir möchten die Zuversicht unserer Gesprächspartner teilen, dass der Friedensprozess nicht mehr aufzuhalten ist. Wichtig ist, dass die Kurden in diesen Prozess mit einbezogen werden, hier in Europa und erst recht in der Türkei. Frieden für die Kurden geht nur mit den Kurden im Dialog auf Augenhöhe nicht über ihre Köpfe hinweg.

Reiseablauf und Gesprächspartner

- **13.3. in Istanbul:**
 - Ekrem Eddy Güzeldere, Soziologe ESI (European Stability Initiative)

- **14.3. in Van:** Am Sonntagnachmittag hat keiner Zeit für Gespräche. Das verhilft und zu einem schönen langen Spaziergang am See. Es ist klar und kalt. Rundherum die hohen Schneeberge und vor uns – durch einen Sumpf unerreichbar – die Festung der alten Stadt.
- **15.3. in Van:**
 - BDP (Frieden und Demokratie Partei, Nachfolger der DTP), Vorsitzender Cüneyt Canis, Anwalt
 - Pressekonferenz mit Ahmet Türk zu Halabja
 - IHD (Menschenrechtsverein), Vorsitzender Taner Polat, Anwalt
 - TUYAD-DER, Verein zur Unterstützung der politischen Gefangenen und deren Familien
 - GÖC-DER, Flüchtlingsorganisation zur Unterstützung der geflohenen Binnenflüchtlinge aus der Dörfern, die durch das Militär zerstört sind.
 - KA-MER, Frauenzentrum, mit inzwischen 23 Filialen meist im Südosten des Landes.
 - Anwaltskammer, Erhan Aksoy
 - KESK, Dachgewerkschaft der verschiedenen kleinen Gewerkschaften, Gesundheit, Bildung, Bau usw.
- **16.3. Hakkari:**
 - Regierungskrankenhaus, Kinderarzt Dr. Günes, „deutscher“ HNO Arzt Harun
 - Verein der Behinderten, Mesut Keskin
 - KA-MER
 - Bürgermeister Fadel Bedirhanoglu von BDP
- **17.3.: NEWROZ in Yüksekova, an der Grenze zum Iran**
- **18.3. Diyarbakir:**
 - Gerichtsverhandlung gegen den Journalisten Vedat Kursun, der kurdischen Tageszeitung, Azadiya Welat
 - IHD
 - KA-MER
 - DIKASUM, Stadtteil Projekt
 - Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir
- **19.3. Diyarbakir**
 - Anwaltskammer, Mehmet Emin Aktas
 - Ärztekammer, Selcuk Mizrakli, Chirurg im Veni-Vidi-Privatkrankenhaus
 - SES, Gesundheitsgewerkschaft
- **20.3.: Mardin:**

- Stadtbummel, Essen und Gespräche im gemütlichen Lokal von KA-MER (Das beste Essen der ganzen Reise)
- Treffen mit Familie S. aus Viransehir in Kiziltepe
- Diyarbakir: Newrozempfang
- **21.3. NEWROZ Feier in Diyarbakir**
- **22.3. Hasankeyf, Midyat**
- **23.3. Mor Gabriel, Midyat,**
 - Treffen mit Ali Y. aus Tepeüstü bei Nüsaybin
 - BDP in Midyat
- **24.3. Flug nach Izmir, Treffen mit Dr. Bülent Kilic, Projektpartner von f&e, dem studentischen Austauschprogramm der IPPNW**
- **25.3.: Izmir:**
 - TIHV, Prof. Veli Lök, Coskun Üsterici, Hülya Serpinar und Osman Murat Ülke
 - Flüchtlingshilfsorganisation Mülteci – Der
 - Treffen mit Gazale Salame

Schwerpunkte unserer Gespräche

Istanbul

Ekrem Eddy Güzeldere, European Stability Initiative (ESI)

ESI ist ein „Thinktank“. Herr Güzeldere ist deutsch-türkischer Soziologe und lebt seit drei Jahren in Istanbul. Sein Schwerpunkt ist die kurdische Frage. Trotz aller Rückschläge und widersprüchlicher Nachrichten glaubt er, dass der Prozess der demokratischen Öffnung und der politischen Lösung der Kurdenfrage in Gang gekommen und nicht mehr aufzuhalten ist.

Van

Cüneyt Canis, Anwalt, Vorsitzender der BDP in Van

Herr Canis ist erst seit 14 Tagen Vorsitzender der neuen BDP Partei, nachdem sein Vorgänger verhaftet wurde. Mit in der Runde sitzt einer der Rückkehrer aus Maxmur, einem Flüchtlingslager im Niemandsland zwischen dem kurdischen Autonomiegebiet im Nordirak und dem Irak.

Herr Canis benennt 4 Ziele der BDP:

1. Kurden sind Staatsangehörige, nicht Volksangehörige. Das erfordert eine Verfassungsänderung.
2. Die Gesetze zur Annäherung an die EU sollen wirklich umgesetzt werden. Nicht nur Kurden, auch die anderen Minderheiten sollen anerkannt werden.



3. Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die Männerherrschaft ist ein Grund für so viel Ungerechtigkeit in der Welt, u.a. auch für die Missachtung der Ökologie und die rücksichtslose Ausbeutung der Natur.
4. Armut verhindert das ökologische Bewusstsein. Das Bewusstsein des Einzelnen spielt hier nicht so eine Rolle wie in Europa. Durch die Repression wird auch die Natur zerstört.

Seit 80 Jahren versucht die Türkei, die kurdischen Berge und Steine zu nationalisieren. Wenn sie jetzt das Kurdenproblem auch nationalisieren wollen, sind die Kurden nicht dabei. Bei einem demokratischen Prozess schon.

Taner Polat, Vorsitzender des IHD in Van

Seit der Änderung des Prozessrechts müssen Festgenommene innerhalb von 24 Stunden dem Haftrichter vorgeführt werden. Bei vielen gleichzeitigen Festnahmen verlängert sich die Frist auf 48 Stunden. In der Stadt ist die Polizei zuständig, außerhalb das Militär. Nach einer Inhaftierung muss das Gerichtsverfahren innerhalb von zwei Jahren eröffnet werden. Haftprüfungstermine finden auf Antrag der Anwälte regelmäßig statt.



Verfahren beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof dauern lange. Die Entscheidungen werden vom türkischen Staat in der Regel akzeptiert und die Entschädigungen gezahlt. Auch Eilverfahren sind möglich.

Der IHD geht jeder Meldung über Menschenrechtsverletzungen nach. Die meisten Klagen beziehen sich auf Verfahrensfehler und schlechte Behandlung. Häufig sind Klagen über schlechtes Essen, Hunger, Schläge, Schlafentzug, Beschimpfungen und sexuelle Übergriffe.

Im F-Typ Gefängnis in Van sind die Zustände besonders schlecht. Es ist den Gefangenen verboten, mit den Angehörigen kurdisch zu sprechen, das Essen ist knapp und schlecht, ebenso die Gesundheitsversorgung. Einmal in der Woche kommt ein Arzt.

IHD hat keine Möglichkeit, finanziell zu helfen oder Anwälte zu stellen. Sie informieren die Kläger über ihre Rechte, z.B. auf einen Pflichtverteidiger, verweisen an die Anwaltskammer und setzen sich mit den staatlichen Stellen auseinander.

Yalcin Sarctas, Tuyad-Der, Verein zur Unter

stützung der Gefangenen: Besonders die Situation der inhaftierten Kinder bedrückt sie. Die Kinder werden nach dem Antiterrorgesetz behandelt, nicht nach Jugendstrafrecht. So sitzen 13 bis 18 jährige im Erwachsenen-Vollzug, allein 48 Kinder aus Van in Bitlis, wo sie von ihren Eltern nur selten besucht werden können. Etwa 40 Mädchen sind im Gefängnis in Diyarbakir.

Die psychische Verfassung der Kinder ist schlecht. Es gibt keine Schule aber militärisch-nationalistischen Drill und Demütigungen. Die Kinder werden bedrängt, Informationen über die Familie zu geben. Besucher werden intensiv untersucht, gedemütigt und beschimpft. Die Mütter dürfen mit den Kindern nicht kurdisch sprechen. Selbst nach der Entlassung bleiben die Kinder vom weiteren Schulbesuch ausgeschlossen.



Allgemein ist die medizinische Versorgung schlecht. Allein in Van werden 8 krebskranke Gefangene nicht behandelt, auch Augen- und Herzkrankheiten sowie Granatsplitterverletzungen werden nicht behandelt. Fachärzte werden nicht zugezogen. Wenn eine Verlegung ins Krankenhaus unvermeidlich ist, wird der Gefangene an Händen und Füßen gefesselt in der Leichenhalle untergebracht mit zwei bewaffneten Wächtern rund um die Uhr.

Es folgt die kritische Frage an uns, was wir mit unserem Besuch bezwecken und was wir mit den Informationen machen, die sie uns geben.

GÖC-DER, Verein zur Unterstützung der Binnenflüchtlinge: Die Lage der Binnenflüchtlinge ist weiterhin schlecht. Menschen, die früher wohlhabend waren, leben jetzt in Van und betteln um Brot.

Die Rückkehrprogramme der Regierung sind mehr Propaganda für die Außenwelt. In einem Fall haben Dorfschützer hohe Entschädigungen kassiert. (Dorfschützer sind von der Regierung eingesetzte und bezahlte kurdische paramilitärische Einheiten gegen die PKK). Nach Derik Köy (Semdinli) sind die Bewohner zurück gekehrt. 2008 wurde das Dorf aus Hubschraubern beschossen. Ein Mädchen starb. Vor Gericht wurde der Vorfall nicht weiter verfolgt. Entschädigung wird nur gezahlt, wenn die Flüchtlinge sagen, dass die PKK das Dorf zerstört hat.

Vorraussetzungen für die Rückkehr sind: Sicherheit, Infrastruktur, Minenräumung und die Freigabe des Landes.

KA-MER Van (Frauenzentrum mit dem Schwerpunkt „häusliche Gewalt“)

Seit 2006 eine von 23 Filialen im Südosten/Kurdistan. Wir werden sehr freundlich empfangen und bewirtet, kommen schnell in einen angeregten Erfahrungsaustausch.

Zwei feste Mitarbeiterinnen werden aus den Einnahmen, die hälftig an die Zentrale nach Diyarbakir gehen, bezahlt, die Räume stellt die Kommune. Einnahmen aus Handarbeiten stehen für die Freiheit eigener Produktion, werfen aber auch Fragen nach Arbeitgeberrollen auf. Mit auch fremdfinanzierten Bildungsprojekten, hier aktuell Befragung und Beratung zur Situation von Behinderten (Sabanci-Stiftung) gelingt ein politisch neutraler Zugang in die Familien hinein. Es läuft uns kalt den Rücken hinunter, dass im letzten Jahr KA-MER Elazig von einem Erdbebenbildungs- und schutzprojekt berichtete und die Region kürzlich von schweren Beben heimgesucht wurde. Kleine Leinenbeutel mit dem Aufdruck des KA-MER-Nottelefs haben sich als trickreich bewährt, da Papierflyer häufig von „der Gegenseite“ zerrissen würden. Praktische Implementierung von Frauenrechten. Wir erhalten umfassenden Einblick in die lokale Struktur und erfolgreiche Vernetzung, die engagierte Arbeit von Mitarbeiterinnen und Ehrenamtlichen, die Auswirkungen der politischen Situation auf Frauen in der Region.

Die Kamer-Mitarbeiterinnen benennen Mangel an Schulbildung und Arbeitsstellen ebenso als Quelle von Gewalt gegen Frauen wie die Auswirkungen des Krieges (Waffen, Drogen, Prostitution). Die Männererziehung sei traditionell sehr autoritär, Frauen würden kulturell als Besitz gesehen. Schwangerschaftsabbruch sei für unverheiratete Frauen und Mädchen tödlich, Gespräche über Missbrauch an Kindern würden langsam beginnen, wenn erwachsene Frauen gezielt nach ihrer Kindheit gefragt würden. In Gruppenarbeit können Frauen themenorientiert ihre eheliche Situation besprechen und auch eine verbesserte Kommunikation innerhalb der Familie erreichen. „Mord an Frauen hier im Osten heißt gleich Ehrenmord, Mord an Frauen in den USA einfach Eifersuchtsdrama“.

KESK Gewerkschaftsdachverband



Eine Herrenrunde von sieben Gewerkschaftern berichtet von der aktuellen Repressionswelle, von der Verhaftung von 56 Mitgliedern des Bezirkes Van im Rahmen der KCK-Operation seit dem DTP-Verbot. Betroffen sind alle von der Gewalt gegen Kinder. Sie kritisieren die Diskussion um kurdische Fakultäten als Ringen um Folklore, noch tauche der Begriff Kurdologie offiziell gar nicht auf sondern nur der der „anderen Sprachen“. Sie kritisieren einen Aufruf des türkischen Ministerpräsidenten, kritische Journalisten zu entlassen, als

Einschränkung von Medienrechten. Den Sender TRT 6 (staatliche Sender) sehen sie als professionelle Manipulation der AKP, als türkischen Staatssender auf kurdisch.

Anwaltskammer, Erhan Aksoy,

Mit ihm haben wir einen Glücksgriff getan. Herr Aksoy war vier Jahre ai-Mitarbeiter im Flüchtlingsbüro in Van. Mehrere Organisationen haben eine Flüchtlingskommission gebildet.

Die Flüchtlinge kommen heute zu 90% aus Afghanistan, früher eher aus Iran und Irak. Die Anwälte wissen wenig über die Rechte der Flüchtlinge. Herr Aksoy sieht seine Aufgabe bei der Kammer darin, seine Kollegen fortzubilden.

Seit zwei Jahren versucht Europa, die Türkei in sein Abschottungsprogramm einzubeziehen. Das hat die Situation der Flüchtlinge weiter verschlechtert.

Laut UNHCR-Statistik leben allein in Van 4000 registrierte Flüchtlinge, das heißt, es sind mindestens 8000 bis 10000. In der gesamten Türkei sind 19000 Flüchtlinge registriert.

Die Flüchtlinge haben sehr wenig Rechte. Die Kinder können die Grundschule besuchen. Es besteht ein Arbeitsverbot. Die Flüchtlinge müssen jedes Jahr 630 YTL bezahlen. Wenn sie nicht zahlen, dürfen sie nicht in ein Drittland ausreisen. Sie müssen schwarz arbeiten, stehen, sich prostituieren. Wenn ein Flüchtling es zu einem Anwalt schafft, der sich auskennt, kann der per Fax einen Antrag an den EUGMR stellen. Wird der Antrag angenommen, darf die Türkei den Flüchtling nicht abschieben. Daran hält sie sich. Herr Aksoy hat selbst schon 20 erfolgreiche Anträge gestellt. UNHCR stellt sehr wenige Anerkennungen aus. Viele Flüchtlinge warten darauf mehr als zehn Jahre. Aus der Bevölkerung gibt es wenig Unterstützung. Die Leute hier haben ihre eigenen Sorgen und leiden unter dem langen Krieg. Auch auf dem Mesopotamischen Sozialforum waren die Flüchtlinge kein Thema.

Hakkari

KA-MER: Diese Filiale besteht offiziell seit 2006. In dem einfachen Büro in einem Wohnhaus werden wir von Zozan und einer weiteren ehrenamtlichen Mitarbeiterin sehr freundlich willkommen geheißen.

Auch hier gab es ein Projekt zur Situation von Behinderten, das Zugang zu den Frauen in den Familien ermöglichte. Die soziale Not in manchen Stadtteilen sei für Flüchtlinge und Zwangsvertriebene enorm. Zu den Flüchtlingsfrauen haben sie keinen Zugang und auch die Frauen der Militärs und Sicherheitskräfte lebten völlig abgeschottet. Nur berufstätigen Frauen von außerhalb sei in Hakkari erlaubt, allein zu leben, Frauen „von hier“ nicht.



Mit dem Krieg komme ein System des gegenseitigen Misstrauens, das auch Frauen- und Kinderarbeit erschwere. Die Zusammenarbeit von KA-MER und dem IHD sei gut, breitere Vernetzungen aber durch dieses System des Misstrauens kaum möglich.

Die beiden Frauen berichten eindrücklich von der strukturellen Gewalt in der Region, aber auch von ihrem Glück und Stolz, helfen zu können.

Im neuen Krankenhaus versuchen der Chefarzt Dr. Günes, ein Kinderarzt, und der in Deutschland ausgebildete HNO-Arzt Harun, den Eindruck zu erwecken, dass die medizinische Versorgung in der Stadt sehr gut und für jeden erreichbar wäre. Vertreter der Gesundheitsgewerkschaft, die vor dem Krankenhaus Unterschriften sammeln, beklagen viele Mängel, insbesondere das Fehlen von Pflegepersonal.



Mesut Keskin, Verein der Behinderten

Die Arbeit des Vereins hat sich konsolidiert. Sie bemühen sich um einen Behindertenbeauftragten in der Stadtverwaltung und um neue Räume, da ihr jetziges Büro baufällig ist und abgerissen werden soll.

Fadel Bedirhanoglu, Bürgermeister von Hakkari (im Bild links, mit BDP Abgeordneten): Dass Dr. Bedirhanoglu, Bürgermeister und Islamwissenschaftler trotz Newrozfeier und hohem BDP-Besuches für uns Zeit hatte, war uns eine große Ehre. Er vergleicht die Türkei mit einer großen Familie „je größer, desto mehr auseinander, desto mehr auch zusammen“ und weist auf den heutigen Jahrestag der Gasangriffe auf Halabscha hin. Er vergleicht Hakkari mit einem „offenen Gefängnis“, nur eine



einzigste schwer bewachte Straße führe in die Stadt, trotz unmittelbarer Nähe (5 km bis Iran) dürfen keinerlei Kontakte zu Iran oder Irak gepflegt werden.

Diyarbakir



IHD

IHD beschäftigt sich hauptsächlich mit Kurden, weil der Anlass für die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei meist das Kurdenproblem ist. Der Prozess gegen den Journalisten Kursun sei beispielhaft. Ihm droht eine hohe Haftstrafe. Er sei einer von 50 Gefangenen in Diyarbakir mit chronischen Erkrankungen, die im Gefängnis nicht behandelt würden und auch nicht zur Entlassung führten.

Seit letztem Jahr habe die Regierung ihr Konzept geändert. Bei Demonstrationen gehe die Polizei brutal vor besonders gegen die Kinder, die zu hohen Haftstrafen verurteilt würden, selbst wenn sie nur zufällig in der Nähe

und gar nicht aktiv beteiligt gewesen wären. In Diyarbakir seien zur Zeit ca 89 Kinder und Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren in Haft. Die Zahl ändere sich täglich. IHD hat eine Kinderkommission gebildet, die sich um die Kinder kümmert und kostenlos die Verteidigung übernimmt, wenn die Familien das wünschen. Für viele Eltern ist es schwierig und aus wirtschaftlichen Gründen nur selten möglich, ihre Kinder zu besuchen. Hier kann IHD keine Unterstützung geben.

Die Kinder sind in der Regel gute Schüler, meist Kinder von Binnenvertriebenen, deren Dörfer zerstört worden sind. Sie werden in überfüllten E-Typ Gefängnissen zusammen mit Kriminellen eingesperrt.

KA-MER

KA-MER Diyarbakir betreibt weiter das Kaffee im Han in der Altstadt, das Kellerlokal konnten sie nicht halten. Sie haben viel Zulauf gehabt von Frauen, die ehrenamtlich mitarbeiten wollen. Außerdem kommen Frauen, die sich selbständig machen wollen und ihren Rat suchen. In einer Werkstatt stellen Frauen, die bisher keine Ausbildung hatten, Produkte aus Plastikabfällen her, die in einem eigenen Laden und auch von Partnerorganisationen in Europa verkauft werden.



Mehmet Emin Aktas,
Vorsitzender der Anwaltskammer:
Auch hier sind die inhaftierten Kinder das Hauptthema. Viele Kinder werden straffällig. Durch den Krieg ist die Gesellschaft traumatisiert. Große Armut, Bildungsmangel und Perspektivlosigkeit seien Gründe für die hohe Jugendkriminalität. Ab 12 Jahren gelten die Kinder als strafmündig. Die aus politischen Gründen verhafteten Kinder machen nur 10% aller Inhaftierten aus.

Seit 2005 gibt es ein Jugendschutzgesetz. Die Verfahren werden vor Jugendstrafkammern nicht von Staatsanwälten sondern von Richtern, Psychologen und Pädagogen geführt. Seit 2006 sind jedoch Kinder, die nach dem Antiterrorgesetz verhaftet werden, davon ausgenommen.

Die Verhaftung der kurdischen politischen Elite mache die Versicherung der Regierung Erdogan unglaublich, dass sie eine friedliche Lösung des Kurdenproblems anstrebe.

Auch vier Mitglieder der Anwaltskammer seien in Haft, u.a. Muharrem Erbey, der IHD Vorsitzende.

Die Anwälte bereiten eine Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vor. Viel Hoffnung haben sie allerdings nicht. Sie haben den Eindruck, dass die Europäischen Regierungen das Vorgehen der türkischen Regierung billigt und unterstützt.

Ärzttekammer

In der ÄK sitzen wir mit Selcuk Mizrakli, dem neuen, sowie den ehemaligen Vorsitzenden M. Ortakaya und Aden Avcikiran, F. Akay, Ehrenmitglied und M. Yildirim, Vorstand, zusammen.

Herr Mizrakli beginnt mit der Aufforderung: „Weltweit müssen Ärzte ihren Ehrenkodex retten.“

Wir sind schnell in lebhaftem Diskussionsverlauf vertieft. Die Kammermitglieder bringen als erstes die Situation der verhafteten Kinder auf den Tisch. Die Kammer habe sich an der Gründung einer Koordinierungsstelle beteiligt, Treffen mit Parlamentsgruppen initiiert, Protestbriefe an in- und ausländische Institutionen geschrieben. Die Empörung und die Sorge sind groß. Selbst in Palästina/Israel würden Steine werfende Kinder nicht so drakonisch bestraft wie die kurdischen. Kurdistan kenne ähnliche Fälle wie den des palästinensischen Kindes in den Armen seines Vaters, dessen Sterben um die Welt ging. In allen Krisenregionen der Welt seien Kinder am meisten betroffen. Auch in der hiesigen Region sei neben der Armut die Politik ein Trauma für Kinder und die ganze Gesellschaft. Und das scheine in Bezug auf Kurdistan beabsichtigt zu sein.



Empörung hat auch der Überfall auf den kurdischen Sender Roj-TV in Belgien ausgelöst. Wir werden gefragt, wie das mit der Meinungsfreiheit in Europa zu vereinen ist. Der Überfall und die Zerstörung gebe ihnen das Gefühl, dass Europa wie die Türkei handle. Das sei wie eine Nato-Operation gewesen.

Zu den aktuellen Veränderungen im Gesundheitswesen berichten sie von der Schließung öffentlicher Krankenhäuser und dem Protest dagegen. Sie sehen in dieser Entwicklung keine Verbesserung der Versorgung. Denn die privaten Gesundheitsanbieter, die jetzt auf dem Vormarsch sind, investieren nur da, wo es Geld gibt.

Besonders attraktiv für Ärzte seien die Privaten nicht, da sie im Gegensatz zu den Staatskliniken keine Rentenanteile oder Sozialleistungen übernehmen und auch nicht besser zahlen. Den staatlichen Kliniken kommt immerhin zugute, dass junge Ärzte seit 2005 noch strenger (Verlust der Approbation) zur Ostverschickung (500 Arbeitstage für Städte, 300 für Dörfer) gezwungen würden. Schwestern und andere Fachkräfte werden staatlich mit Gehaltszuschlägen gelockt.

Erfreulich sei, dass im Herbst 2009 mit einem dreitägigen „Mesopotamischen Ärztetag“ erstmalig ein regionaler, grenzüberschreitender Kongress mit 600 ÄrztInnen aus 12 Ländern (Iran, Irak, Syrien, Armenien u.a.) gelungen sei. Für den 14.-16.10.2010 sei der 2. Kongress dieser Art geplant, u.a. mit einem Schwerpunkt Posttraumatische Belastungsstörung in der Region Kurdistan. Wir wurden zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Mor Gabriel

Ercan Garis,

Mitarbeiter und Sohn von Issa Garis, mit dem wir in den letzten Jahren gesprochen haben, empfängt uns freundlich. Der Prozess um die Ländereien des Klosters liege beim Obergericht in Ankara. Der Ausgang sei ungewiss.

Er sieht noch einen langen Weg, bis sich die Türkei ihrer Geschichte stellt und andere Religionsgemeinschaften anerkennt. Klöster und Kirchen leben von Spenden der Gläubigen. Allein 80000 Christen aus der Region, die dem Kloster verbunden sind, leben in Deutschland.

Etwa 20 Familien sind aus Deutschland in ihre Dörfer zurückgekehrt, 5-6 Personen wurden abgeschoben. Der Metropolit unterstützt sie beim bürokratischen Zugang zu den Dörfern und zur Strom- und Wasserversorgung und schickt einen Pfarrer zur religiösen Betreuung.

Viele ältere Christen kommen in den Ferien. So gehören 50% der Häuser in Midyat weiterhin den Christen.



Midyat



BDP

Im breiten Flur eines zentral gelegenen Geschäftshauses treffen wir vor dem winzigen BDP-Büro mit einer großen Runde Aktivisten zusammen. Wir sind blitzschnell in eine rege Diskussion vertieft mit vielen Fragen von beiden Seiten. Außer der örtlichen BDP Kandidatin Feliz Isik ist nur eine weitere Frau dabei. Die Provinz Mardin, zu der auch die Kleinstadt Midyat gehört, ist als „Drei-Aga (=Großgrundbesitzer)-Region“ für ihre mafiösen Strukturen und ihre

Repressionen berüchtigt. Trotz BDP-Gewinnen regiert die rechtslastige „Dogru Yol“ mit engen Verbindungen zu den Agas im Stadtrat. Mit der inzwischen verbotenen Vorgängerpartei DTP sei vor 8 Jahren ein neuer Ansatz gegen das Aga-System entstanden. Damals habe es Morddrohungen gegen Aktivisten gegeben.

Unsere Gastgeber berichten, dass wir uns vor 5 Jahren noch so hier nicht hätten treffen können. Der Druck der Dorfschützer hätte das damals unmöglich gemacht.

Die Region sei von vier Religionen geprägt: Muslime, syrianische Christen, Yeziden und Armenier. Der Staat habe immer wieder versucht, einen Keil zwischen die Religionen zu

schieben. Unsere Gastgeber beschönigen nichts: so wie es jetzt kurdische Dorfschützer gebe, haben sich auch Kurden damals am Völkermord an den Armeniern beteiligt.

Moderne Feudalstrukturen bestimmen auch heute noch das Stadtleben. Diese Strukturen kämen nicht nur aus der Region sondern werden auch staatlich gefördert. Die weitreichendsten Folgen habe dabei das Dorf"schützer"-System.

Der Büromietvertrag laufe in diesem Jahr aus. Ein neues Büro konnte wegen der allgemeinen Angst vor den Agas noch nicht gefunden werden. Ein Verwaltungsangestellter berichtet uns von seiner Versetzung zur Müllabfuhr. Er hatte bei der letzten Kommunalwahl eine DTP-Fahne an seinem Wagen, während die 60 anderen städtischen Wagen das Konterfei des Bürgermeisters spazieren gefahren hätten. Ein anderer städtischer Angestellter sei nach Bekanntwerden seiner DTP-Wahl entlassen worden. Ein Anwesender berichtet, dass sein Sohn drei Monate für das Zeigen des V-Zeichens im Gefängnis saß. 2009 habe es Schulverbote wegen Newroz-Teilnahme gegeben. Einem achtjährigen Jungen seien am 21.3.2009 von der Polizei wegen eines privaten kleinen Newroz-Feuers die Zähne ausgeschlagen worden. Eine andere Politik müsse erkämpft werden. So sei es das erklärte Ziel der BDP, Stadtteilpolitik, Multikulturalität und zivile Organisationen zu stärken.

Zum Schluss werden uns in einer lebhaften Diskussion Fragen zur Passivität der Europäer gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan gestellt. Auch zur Aufnahme der Türkei in die EU. Die Diskussion kann erst beendet werden, als Gisela bestätigt dass die Situation der EU-Aufnahme düster sei, aber unser kleiner Beitrag darin bestehe, davon zu berichten, wen wir hier treffen und unter welchen Bedingungen Kurden in der Region leben.

Izmir

TIHV, Prof. Veil Lök, Hülya Ecpinar, Coskun Üsterici, Osman Murat Ülke und seine Frau

Vieles hat sich verändert. Das Geld ist knapp. Langjährige Mitarbeiter wie Alp Ayan, der Psychiater, müssen ihren Lebensunterhalt in Privatkliniken verdienen. Sie sind der Stiftung aber weiterhin verbunden.

Die Arbeit hat sich verändert und stabilisiert. In einem gemeinsamen Projekt mit Gesundheits-, Justiz- und Innenministerium haben sie im vergangenen Jahr 4000 Ärzte über Folter und Menschenrechte fortgebildet und überwiegend positive Rückmeldungen bekommen.

Die Weiterbildung richtete sich zunächst an Ärzte, die Gerichtsgutachten erstellen. Es haben aber auch viele Allgemeinärzte teilgenommen. So verbessert sich nicht nur die Qualität der Gutachten sondern auch Früherkennung und Behandlung der PTSD. Ziel ist die Übernahme der Behandlung in die Regelversorgung. Die Schulungsmaterialien und die meisten Trainer kamen bisher aus der Stiftung, sollen aber in die Hände der Ärztekammer gehen.

Folter kommt weiterhin vor. Sie findet heute häufig auf der Strasse, nicht mehr in Polizeistationen und Gefängnissen statt. 2005 gab es im Rahmen der EU-Annäherung Gesetzesänderungen, die zu einer Abnahme der Folterfälle führten. Das wurde auch international so wahrgenommen. Als 2007 das Polizeigesetz im Rahmen des Antiterrorkampfes geändert wurde, nahm Folter schlagartig wieder zu. Newroz 2008 kam es sogar zu Todesfällen. „Wir können also nicht sicher sein. Wir denken, dass der Staat Folter als Instrument zur Einschüchterung in Bereitschaft hält.“ (Coskun).

Spendenaufruf für die inhaftierten Kinder

Liebe Freunde, Interessierte und MitstreiterInnen,

während unserer Reise (IPPNW Ärzte Delegationsreise im März dieses Jahres) nach Kurdistan haben wir in alle Regionen die unerträgliche Situation der inhaftierten Kinder und deren Familien ganz nah mitbekommen. Selbst nach der Angaben des Justizministerium sitzen 2600 Kinder in den Gefängnissen. Sie werden als „Terror-Verdächtige“ mit dem Antiterrorgesetz in den besonderen Gerichten für schwere Strafen zu bis zu 23 Jahren verurteilt. Die Teilnahme an einer Demonstration ist schon ein Grund genug um verurteilt zu werden. Selbst der Schweißgeruch war für die Gerichte in Batman ein Verurteilungsgrund. Damit ist begründet, dass das betroffene Kind sich an der Demonstration beteiligt hat und es wurde deswegen zu 6,5 Jahren Haft verurteilt



**EBI – Verein für Erziehung,
Bildung und Integration e.V.**

Kupferhammer 29
60439 Frankfurt am Main

Tel: 069 / 74 73 15 80
Fax: 069 / 74 73 15 79

eMail: info@ebi-online.org
www.ebi-online.org

Hier einen kleinen Auszug aus der Presse:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,690768,00.html>

http://de.wikinews.org/wiki/Kurdenkonflikt:_2.600_t%C3%BCrkische_Kinder_und_Jugendliche_inhaftiert

<http://www.swr.de/international/de/-/id=233334/nid=233334/did=6293468/18t4jxf/index.html>

<http://www.aknews.com/de/aknews/3/112578/>

<http://tigris-akademie.de/component/content/article/46-nachrichtkurdistan/151-nachricht-03052010-04>

Die Folgen sind dramatisch

- sowohl die Kinder als auch die Eltern erleben eine dramatische psychische Belastung:
- Laut IHD sind die meisten Kinder durch die Inhaftierung traumatisiert
- die schulische Zukunft der Kinder ist mit einem Schlag beendet, auch nach der Entlassung können sie keinen Anschluss mehr finden
- die betroffenen Kinder werden in der Regel in den überfüllten Gefängnissen und weit weg vom Wohnort inhaftiert
- Die Familien haben keine finanzielle Ausstattung um ihre Kinder regelmäßig zu besuchen und sie anderweitig wie z. B. mit Spielsachen, Büchern usw. zu unterstützen

IHD und andere Organisationen unterstützen die Kinder rechtlich und politisch. Die finanzielle Unterstützung kann leider in der notwendigen Weise nicht stattfinden. Die Kinderkommission des Menschenrechtsvereins, IHD, in Diyarbakir versucht, eine minimale Unterstützung zu leisten. Während der Reise haben wir einen kleinen Betrag gespendet und damit einen Hilfsfond eingerichtet. Die weitere finanzielle Unterstützung ist notwendig. IHD wird die Verwaltung der Hilfe für die Kinder übernehmen und die Spenden an die bedürftigen Kinder weiterleiten. Mit den Spenden werden die Besuche der Familien, Spielmaterial, Bücher, Stifte usw. finanziert. IHD wird die Verwendung der Hilfe durch Belege dokumentieren und an uns weiterleiten.

Bei Bedarf kann der EBI e. V. eine Spendenbescheinigung ausstellen. Aufgrund dessen können die Spenden über den Verein an IHD weitergeleitet werden. Bitte bei der Überweisung den Verwendungszweck „Hilfe für Kinder“ oder auf kurdisch „Alikari jibo Zarokan“ unbedingt angeben.

Bankverbindung:

EBI e. V. Frankfurter Volksbank, Kontonummer: 6000251303 BLZ: 501 900 00

Herzliche Grüße

Mehmet Bayval
Geschäftsführer

Die kurdische Frage

Elke Schrage

Unsere Ankunft in Istanbul ermöglichte wieder eine schrittweise Annäherung an Kurdistan und an die Kontraste zwischen West- und Osttürkei.

Das dortige Interview mit Ekrem Eddy Güzeldere, einem türkisch-deutschen Politologen, brachte uns eine inhaltliche Einstimmung auf die Komplexität des türkisch-kurdischen Konfliktes und der aktuellen brisanten innenpolitischen Veränderungen in der Türkei.

Die Studien (s.u.) seines kleinen, unabhängigen „Think Tanks“ ESI (European Stability Initiative) waren eine gute Reiselektüre auf den langen Busfahrten, die folgten.

Zu unserer Überraschung äußerte sich Herr Güzeldere positiv zu den aktuellen demokratischen Entwicklungen in der Türkei. Seit 2005 sei die Armenierfrage kein Tabuthema mehr – bis auf die Nennung des Begriffes Genozid -, das Feindbild der Griechen fehle bei den Gebildeten und auch in der Kurdenfrage würden Tabus fallen. Während die 90ziger Jahre mehr statisch gewesen seien, seien jetzt Veränderungen erlebbar. „Für die Kurden mag es zu langsam gehen, für die Türken geht es viel zu schnell“. Als Problem benennt Güzeldere, die Mehrheitsgesellschaft einzubinden und zu wissen, dass die Kemalisten nicht mitziehen werden. So seien noch 80% der Bevölkerung gegen die Einbeziehung des Kurdischen in die Verfassung, aber eine deutliche Mehrheit schon für den kurdischen Sender TRT. Die neue islamische Oberschicht verteidige z.T. die Rechte von Christen und Juden, hingegen können die (pro-westlichen) Laizisten höchst nationalistisch, sexistisch und militaristisch sein. Ein Paradox, das in Europa oft nicht zu erklären sei. Eine Besonderheit kemalistischer Erziehung, die bis heute ungebrochen Lehrpläne und Schulbücher an Schulen und Unis dominiere (Heldenrolle Atatürks, militärischer Drill etc.).

Da der säkulare Staat in der Türkei Kurden und Christen, aber auch orthodoxe Muslime unterdrücke, erklären sich gleichermaßen die Wahlerfolge der Regierungspartei AKP (38,3%) wie die der kurdischen Oppositionspartei DTP (37,4%) bei den Regionalwahlen im März 2009 in den kurdischen Gebieten und kündigen von den tiefgehenden Umbrüchen im politischen Establishment des Landes. Trotz des Verbotes der DTP im Dezember 2009 und der anhaltenden neuen Repressionswelle gegen Kinder und politische Aktivist/inn/en, stehen mit dem Ergenekon-Prozess erstmalig Vertreter des „tiefen Staates“ und damit Gegner jedweder demokratischen Reform vor Gericht, könne jetzt an einer Aufklärung der politischen Morde der 90ziger Jahre vor allem in Kurdistan gearbeitet werde.

Die kurdische Frage sei der Angelpunkt wirklicher innenpolitischer Veränderungen in der Türkei. Aufgrund der Reformresistenz in der Minderheitenfrage lasse sich nicht vorhersagen, ob Demokratisierung der Türkei auch Pazifizierung bedeuten wird. Die Minderheitenfrage rüttelt wie keine andere an den Grundfesten eines zentralistischen Einheitsstaates, der bisher jede Verankerung eines Pluralismus-Prinzipes ausschließt. Verfassungsrechtlich sei es auch heute noch vorrangig, den Staat zu verteidigen und nicht die Menschenrechte. Erst sah der identitätsstiftende Vertrag von Lausanne 1923 Rechte nur für Nicht-Muslime vor, Kurden und Kurdistan wurden nicht erwähnt. Dann schrieb die Verfassung der Putschgeneräle von 1980 „Türkentum“ und Verbot der kurdischen Sprache fest.

26 Jahre militärische Auseinandersetzung mit geschätzten 37.000 Toten zeigten aber, dass gerade der Rassismus der „weißen Türken“ mit ihren Klassen- und Kulturvorstellungen eine nachhaltige Entwicklung des Landes untergräbt. Dass bei allen grundsätzlichen Fragen nur die kurdische militärisch ausgetragen wird, zeige dass es um mehr gehe als um wirtschaftliche

Unterentwicklung oder separatistischen Terror, sondern darum, wie pluralistisch ein türkischer Staat sein kann und will.

Güzeldere zeigt auf, wie internationale Verträge hier festgefahrene Muster aufweichen. Über ein UN-Abkommen gegen Frauendiskriminierung wurde 2001 ein neues türkisches Zivilrecht verabschiedet. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) als Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat trug 2004 zur Abschaffung der Todesstrafe bei und führte mit dem Recht auf Individualbeschwerde zu einer Rekordhöhe von Menschenrechtsklagen auch kurdischer Bürger in Straßburg.

Minderheitenschutz gestaltet sich hingegen schwierig, weil die Unverbindlichkeit entsprechender Konventionen im Europarat dem zentralistischen Staatsverständnis von Ländern wie Frankreich, GB oder Griechenland entsprechen, weil die EU zwar klare Richtlinien und auch konkrete Forderungen zur Südosttürkei erhebt (Abbau Regionalgefälle, Abschaffung des Dorfschützer Systems, Räumung von Landminen, Abbau von Terror), aber ein verlässliches Beitrittsszenario bisher verweigert. Ebenfalls im Interesse anderer Mitgliedsstaaten führte der Schlusssatz der Kopenhagener Erklärung (OSZE) 1991 zur faktischen Unwirksamkeit beinhalteter Minderheitenrechte.

Güzeldere schließt daraus, dass Resolutionen von UNO, OSZE oder andere internationalen Organisationen „ohne Anbindung an EU-Standards keine direkte Auswirkung auf die türkische Gesetzgebung“ haben (s.1. S.24). So sieht er EU-Annäherung in Menschenrechts- und Minderheitenfragen als zentral an für die kurdischen Frage.

Hoffnung, dass kulturelle und politische Zugeständnisse an Pluralismus und Antimilitarismus nicht zu Verunsicherung und Polarisierung ggf. zum Bürgerkrieg führen, sieht er auch in einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Zwar wurde zum Beispiel 2007 der Bürgermeister von Sur, der Altstadt von Diyarbakir, Abdullah Demirbas, seines Amtes enthoben und der gesamte Gemeinderat aufgelöst. Dieser hatte in seinen Amtsgeschäften und Dienstleistungen neben Türkisch auch andere Sprachen u.a. Kurdisch angeboten, weil nach einer Untersuchung nur 24 % der Einwohner überhaupt Türkisch sprachen. Jede Debatte um politische wie lebenspraktische Fragen kann also weiterhin reflexartig zum Separatismus- (und Terror-) vorwurf führen.

Doch unter den Student/innen, die landesweit Kurdisch als Uni-Wahlfach fordern und damit ihre Exmatrikulierung riskieren, sind auch ca.50% Türk/innen.

Hoffnung sieht Güzeldere „weil vielleicht die Mehrheit, auch der ethnischen Türken, mittlerweile einfach in einem normalen europäischen Land leben wollen, mit demokratischen Rechten für alle in einer pluralen Gesellschaft, die ihre Vielfalt nicht mehr als Gefahr sieht, sondern als Reichtum akzeptiert“. s 2.) S.6

Bei nahezu allen unseren Gesprächspartner/innen war diese Spannung zwischen demokratischem Aufbruch und neuen Formen struktureller Gewalt, zivilgesellschaftlicher Öffnung und staatlicher Willkür zentrales Thema, spiegelte sich eine innenpolitische Machtverschiebung mit noch offenem Ausgang.

In Van erklärte uns der Vorsitzende der BDP (DTP-Nachfolgepartei), Cüneyt Canis die Verlegung der Folter aus den Gefängnissen und Polizeistationen zu brutalen Überfällen auf der Straße. Während in den 90zigern U-haft ohne richterlichen Beschluß für 90 Tage möglich war, muss diese heute nach 24 Std. aufgehoben werden. Während damals politische Aktivisten eine zentrale Rolle im Widerstand und in der gezielten Verfolgung durch

Staatskräfte spielen, geht heute ein breiterer Widerstand auf die Straße und wird auch als solcher verfolgt.

Im Parteibüro in Van treffen wir einen Rückkehrer aus Maxmur (Flüchtlingslager im irakischen Kurdistan). Wir erfahren aber auch, dass nach dem DTP-Verbot in Van 35 Parteifunktionäre und 25 studentische Aktivist/innen in Haft sitzen, 19 davon Frauen.

Die Frauenorganisation KA-MER in Van berichtet von den Erfolgen ihrer praktischen Arbeit, denen aber eine sprunghafte Nachfrage nach Hilfe und überbelegte Frauenhäuser gegenüber stehen. Uns wird berichtet, dass die Frauen der Sicherheitskräfte mehr häusliche Gewalt erleben würden, sie ebenso wie die der Militärs und der Dorfschützer abgeschottet leben und für Projektarbeit praktisch nicht erreichbar sind. Auch hier hat die Militarisierung des Alltags unmittelbare Folgen.

Am nächsten Tag erfahren wir auch bei KA-MER in Hakkari vom Mut und der politischen Klarsicht der Mitarbeiterinnen. In der geographischen Abgeschiedenheit dieser umkämpften Einöde spiegelt sich noch deutlicher, wie brennend politischer Wandel hier ersehnt und erkämpft wird. „In unserer Arbeit habe ich erst gelernt, mich als Mensch zu sehen“.

Am 18.3. erhalten wir frühmorgens Zutritt zur Gerichtsverhandlung gegen den Journalisten Vedat Kursun der kurdischsprachigen Tageszeitung. Das Gedränge in den Fluren des Gerichtes für „Schwere Strafen“ ist unglaublich, unglaublich auch die Strafmaße – bei Kursun 525 Jahre. Ein brutales, absurd anmutendes Theater. Doch alle die Menschen, Familien, KollegInnen, Freunde, die sich hier drängen, bekunden ihre Solidarität mit den Inhaftierten. Auch ein 12jähriger Schuljunge hat sich unter die Wartenden gemischt. Er möchte einen Blick auf seinen angeklagten 14jährigen Schulfreund erhaschen, zu dessen Verhandlung unter Verweis auf den Jugendschutz der Zugang verwehrt wird.

Auch die Ärztekammer in Diyarbakir verurteilt entschieden Festnahmen und Inhaftierungen von Kindern und Jugendlichen. Das breche alle internationalen Schutzstandards. Gerade Kinder aus zwangsvertriebenen Dorffamilien oder anderen prekären Verhältnissen säßen zu tausenden wegen zivilrechtlicher Delikte ein. Minderjährige aber nach Separatismus- und Terrorvorwürfen für lange Haftstrafen von ihren Schulen und Universitäten zu trennen, in die ihnen eine Rückkehr dann nicht mehr erlaubt ist, sei eine gezielte Politik.

Diese Einschüchterung solle Familien in ihrem Mark treffen. Außerdem solle eine politisch bewusste oder zumindest interessierte Jugend gezielt getroffen werden.

Unsere ärztlichen Kollegen sahen hingegen alle die Gefahr, dass hier eine ganze Gesellschaft im Mark getroffen wird. Diese Strategie der Militarisierung und Verrohung lehnten sie entschieden ab. Diese Kinder – die politischen wie die „unpolitischen“ – seien die Kinder der ganzen Gesellschaft.

Wir fanden in den vielen Treffen mit Gesprächspartnern und Aktivisten ermutigende Beispiele von pluralistischen und gewaltfreien Ansätzen. Diese Kraft und Einsatzbereitschaft kann hoffentlich dazu beitragen, dass im Aufbrechen überkommener Herrschaftsstrukturen nicht neue Polarisierung, Ausgrenzung und Gewalt entstehen. Dass eine entmilitarisierte Türkei ohne bedrohlichen Identitätsverlust denkbar wird. Dann kann eine Lösung der kurdischen Frage Vorbildcharakter für einige schwelende Konflikte in der Welt haben. Und für eine echte globale Überlebensstrategie.

Ob allerdings die EU hierbei tatsächlich eine zentrale Rolle spielen kann und will, ist zu diskutieren. Ob, ihr diese Fähigkeit zuzuschreiben, nicht einfach appellativen Charakter hat.

Die Frage ist, ob sie gefangen in ihrer eigenen Militarisierungs- und Ausgrenzungspolitik die Werte, die auf ihren Fahnen stehen, überhaupt vertreten kann und will.

Literatur

Ekrem Eddy Güzeldere: „Kurden in der Türkei. Kann Völkerrecht zum Frieden führen?“

Istanbul Juni 2008, guezeldere@gmx.net

2.) s.o.: „Die aktuelle und künftige Politik der Türkei für die kurdische Bevölkerung“

Bad Boll Dezember 2009, Evangelischen Akademie : info@ev-akademie-boll.de

3.) s.o.: „ Turkey: regional elections and the kurdisch question“

Gesundheitspolitik und türkisches Gesundheitswesen im Wandel

Friederike Speitling und Ernst-Ludwig Iskenius

Am 18. März 2010 besuchen wir die Gesundheitsgewerkschaft SES in Diyarbakir. An den Wänden hängen Fotos ermordeter Gewerkschafter aus D.bakir. Wir, eine bunte Runde aus Studenten, Ärzten und Flüchtlingsarbeitern, treffen auf Wahdettin Kilic, Labortechniker, den Vorsitzenden Er ist allein mit unserer Gruppe. In den anderen Räumen wird noch eifrig gearbeitet. Zwei Tage vor Newroz treffen sich noch mal die 43 Organisationen, die gemeinsam die Demokratische Plattform bilden. Dieses Bündnis besteht seit 1992 und ist das wichtigste NGO- Gremium in Diyarbakir. Es hat eine Friedensdeklaration unterschrieben.

Herr Kilic fragt zu Anfang gleich etwas gereizt. „Was passiert eigentlich mit den Infos, die Ihr hier jedes Jahr einsammelt?“ Wir sind etwas betreten und verweisen auf unsere Berichte. Er stellt selbst dann gleich weitere Fragen: „Was ist das Hauptproblem im türkischen Gesundheitssystem in diesem Jahr?“ und antwortet darauf: „Die Gesundheitsvernichtungsreform“. Bis Ende 2011 soll in der Gesamttürkei ein Hausarztmodell (!) -1 bis 2 Ärzte mit einer Schwester- installiert sein. In 37 Regionen ist es bereits eingeführt.

Die bislang kostenlosen Gesundheitszentren werden jetzt kostenpflichtig. Zu entrichten sind 2 Lira, auch für Yesil-Card Besitzer und gesetzlich Versicherte gleichermaßen. Die Krankenhausambulanz kostet 8 Lira. Die Konsultation im Privatkrankenhaus kostet 15 Lira. Minderjährige erhalten die Erstversorgung kostenlos, unabhängig vom Sozialversicherungsstatus der Eltern. Die Privatklinik Veni-Vidi wirbt weiter mit kostenloser Behandlung Minderjähriger bis 18 Jahre.

Das türkische Gesundheitssystem ist im Wandel. Die Politik strebt nach genereller Privatisierung. Die Krankenversicherungen sollen über Beiträge pro Person finanziert werden. Der Beitrag soll einkommensunabhängig einheitlich sein. Die Krankenhäuser sollen privatisiert werden. Dabei sollen Kategorien A, B, C, D, wie bei Hotels, gebildet werden. Die Höhe der Versicherungsprämie entscheidet über die Klinik, die in Anspruch genommen werden darf.

Yesil-Card, die staatliche Krankenversicherung Wer weniger als 150 Lira monatlich verdient, keinen weiteren Besitz oder Grundbesitz nominell hat, kann diese Karte beantragen. Abgeschobenen aus Europa und politisch Auffälligen wird diese Karte häufig grundsätzlich verweigert. „Wer ist für Straßenkinder verantwortlich?“ „1. Eltern 2. vorübergehend auch Heime.“

Eine **notfallmäßige** Krankenhausaufnahme erfolgt auch ohne Versicherung. Das Krankenhaus schickt eine Rechnung. Wird diese Rechnung nicht bezahlt, dann wird der Patient kein weiteres Mal aufgenommen.

Wir fragen nach der **Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen im Transit**. Dazu kann Herr Kilic nichts sagen.

Anekdote

In D. bakir gibt es seit Jahren das Krankenhaus ALMAN, das nicht bewirtschaftet wird, weil kein ärztliches und Pflegepersonal gefunden werden kann. ALMAN ist keine deutsche Krankenhauskette. Alman bedeutet im Türkischen Qualität.

Ärztchammer Diyarbakir

Beim Treffen sprechen wir mit dem Präsidenten Dr. Selcuk Mizrakli, Dr. Mahmut Ortakaya, Dr. Adem Avcikiran, Dr. Feruk Akai, Dr. Nihat Yilderim.

Zu unserer Überraschung beginnt Dr. Akai (Urologe) das Treffen mit politischen Themen: Die Verhaftung der Kinder, das Kurdenproblem und die Menschenrechte sind die Hauptthemen der Kammer. Für betroffene Eltern wurde in Diyarbakir in Zusammenarbeit mit der Anwaltskammer, dem Menschenrechtsverein, Prominenten und einzelnen Parlamentariern eine Koordinationsstelle gegründet. Hier treffen sich Betroffene und Gruppen aus der Region; und es gibt eine Internetseite.

Haltung der Ärztekammer Diyarbakir zum türkischen Gesundheitswesen

Im türkischen Gesundheitswesen wird die Privatisierung vorangetrieben. Im staatlichen Krankenhaus in Diyarbakir sollen 140 Betten eingespart werden mit dem Argument: keine Rendite. Dann gibt es nur noch 450 Betten. (bei 2 Mill. Menschen). Es kommt zur Monopolisierung, obwohl bekanntermaßen die Privatkliniken die Versorgung der Bevölkerung nicht übernehmen oder sicherstellen können und wollen. Die Betreiber privater Kliniken finden in der Region kein qualifiziertes Personal und die Krankenhausärzte bleiben auch bevorzugt im staatlichen Krankenhaus, weil hier Sozialleistungen, Krankenversicherung und Rentenversicherung, gezahlt werden.

Die Mitglieder der Ärztekammer protestieren gegen die Schließung der staatlichen Häuser und werden deswegen bedroht. Während der Feierlichkeiten zu Newroz werden in der Bevölkerung Unterschriften gesammelt. Wo ist der Fortschritt?“ Antwort: „Null Fortschritt, aber deutlich erhöhte Mehrkosten, wegen teurer Apparatemedizin.“ Fragen die anwesenden Ärzte. Wir als Fremde anerkennen Fortschritte: das Anamnesebuch in kurdischer Sprache (2009), **das die Ärztekammer Diyarbakir herausgegeben hat.**

Mesopotamisches Gesundheitsforum

Im Herbst 2009 fand in Diyarbakir ein internationaler Ärztekongreß mit 600 überwiegend kurdischen Ärzten aus der Türkei, Iran, Irak und Syrien statt. Roj TV hat berichtet. Die Polizei hat den gesamten Ärztekongreß filmisch dokumentiert.

Vom 14. bis 16. 10.2010 findet ein zweiter Kongress statt: Posttraumatische Belastungsstörung und Traumata. Kongreßsprachen sind englisch, kurdisch und türkisch.

Interessierte können sich bei der Ärztekammer anmelden. Sie sind froh, wenn zu dieser Veranstaltung weitere Personen aus Westeuropa kommen. Für uns erscheint die Gründung eines solchen regionalen Gesundheitsforums als weiterer hoffnungsvoller Ansatz zur Selbstorganisation der Zivilgesellschaft.

Eindrücke in Hakkari

Wir besuchten u.a. diese „Frontstadt im Südosten an der Iran- und Irakgrenze“, weil wir vom neuen Krankenhaus gehört haben. Alle Anstrengungen des Gesundheitsministeriums in Ankara und sehr viel Geld gingen in diese Region. Parallel zu diesem staatlichen Krankenhaus mit 54 Fachärzten wurde eine neue Militärklinik gebaut. Es gibt 2 Psychiater und einen Psychologen. Ein Kinderarzt leitet das Haus. Er ist bereits 700 Tage in Hakkari, 200 Tage über den staatlich verordneten Pflichtdienst hinaus. Eine junge Laborärztin ist stellvertretende Direktorin.

Dieses Mal brauchen wir keine Übersetzer. Ein in Deutschland (Eppendorf, Augsburg und Magdeburg) ausgebildeter HNO Arzt absolviert hier seinen anatolischen Pflichtdienst. Nur so erhält er sein türkisches Facharzt Diplom. Er muss 500 Tage ausharren. Frau und Kinder leben weiter in Izmir. Er ist sehr stolz auf diese gut ausgestattete Klinik und lobt den Freizeitwert von Hakkari. Trotzdem möchte er nicht seine Familie hierherziehen sehen. Vielmehr fliegt er alle 14 Tage günstig nach Izmir.

Er behauptete, dass alle Türken krankenversichert seien. Die ID- Nummer des Ausweises würde ausreichen, damit eine Behandlung erfolgen könnte. Das widerspricht Aussagen von Betroffenen und Patienten. Die Anwesenheit von Security Polizei im Krankenhaus gibt ihm Sicherheit. „Es gibt hier drei mächtige Klans, die sich manchmal gewalttätig benehmen. ... Die Security kennt diese Pappenheimer.“

Wir besichtigen die modern und großzügig ausgestattete Klinik. Die Dialyse ist am frühen Nachmittag ohne Personal und Patienten. Finanzielle Anreize und sonstige Vergütungen reichen nicht aus, um genügend qualifiziertes Personal zu finden und zu binden. Apparate wollen bedient und Menschen wollen versorgt werden. In den letzten drei Monaten erfolgten zehn Hubschraubereinsätze, davon ein Halsschnitt. Brandverletzte werden in Van versorgt. Die Entbindungsstation empfinden wir als familienfeindlich: Familienangehörige dürfen nicht begleiten. Die Gebärende wird beim Kreißen festgebunden. 24 Stunden nach der Entbindung muss sie das Krankenhaus verlassen.

Vor dem staatlichen Krankenhaus sammelt die Gesundheitsgewerkschaft Unterschriften gegen Engpässe bei der Personalausstattung.

Behindertenverein Hakkari

Herr Mesut Keskin empfängt uns freundlich. Uns fallen gleich die zahlreichen neuen Pokale und Fotos im Büro auf. Es wurden zehn Sportrollstühle und ein Basketballtraining gesponsert – deswegen die Sportpokale. Die Frauen waren auch sehr erfolgreich im Luftgewehr- und Pistolenschießen (Team und Einzelkampf). Gehörlosen Fußball gibt es in Hakkari auch. Insgesamt sind hier 60 Sportler lizenziert. Neben den Sportrollstühlen wurden auch fünf Elektro -Rollstühle gesponsert. Ein älterer Transporter, Minibus für die Sportler, konnte angeschafft und behindertengerecht umgebaut werden – Einstieg hinten. Von 2007 bis 2009 hat die Arbeitsagentur wieder Nähkurse gefördert für zwanzig überwiegend weibliche Teilnehmer. Es konnten PCs angeschafft werden. Sechzig Teilnehmer konnten in Gruppen von zehn Personen Zehn-Wochen Kurse besuchen. In Zusammenarbeit mit der

Volkshochschule findet zur Zeit ein Alphabetisierungskurs für fünfzehn behinderte Menschen statt. In den letzten beiden Jahren konnten acht Personen in feste Anstellung vermittelt werden. Zwei Kleinunternehmer nähen an eigenen Maschinen. Mit Kleinkunst, Bastelarbeit, Teppichknüpfen und Trikotage konnte nur wenig Geld verdient werden.

323.000 Lira hat der Verein in 24 Monaten ausgegeben. Das Haus mit dem Vereinsbüro soll abgerissen werden und der Verein wünscht sich einen Neubau außerhalb der Stadt.

Befragt zum neuen Krankenhaus sagt Herr Keskin: „Nein, dadurch hat sich die Versorgung der Behinderten nicht verbessert. Zum Vorgänger Chefarzt habe man noch guten Kontakt gehabt. Der Verein für Behinderte Menschen habe dem neuen Krankenhaus fünf gebrauchte Rollstühle geschenkt, um es behindertenfreundlicher zu machen.

In der Türkei werden behinderte Menschen von ihren Familien versorgt. Es gibt keinen Anspruch auf staatliche Leistungen zur Sozialversicherung. Als Hilfe zum Leben erhalten Mittellose quartalsweise 593 Lira, wenn sie mindestens 40% behindert sind. Die Einstufungen für Schwerbehinderung wurden unlängst verschärft. Es gibt noch keinen Behindertenbeauftragten, wohl aber einen öffentlichen Bus mit Absenktechnik.

30% aller körperlich Behinderten in Hakkari sind Minenopfer, eine sehr traurige Bilanz nach mehr als 10 Jahre Krieg.

Geistig behinderte Menschen haben in Hakkari keinen Verein.

Die Rückkehr in die Dörfer

Ernst-Ludwig Iskenius

Unsere Informationen beruhen auf einem Gespräch mit einem rückkehrwilligen kurdischen Lehrer (genannt H.), einem gemeinsamen Besuch in dessen Dorf sowie einem Gespräch mit GÖC –DER in Van, einer Organisation für kurdische Flüchtlinge innerhalb der Türkei.

Während der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen PKK und türkischen Militäreinheiten wurden in den 80iger und 90iger Jahren des letzten Jahrhunderts mehr als 4000 kurdische Dörfer zerstört oder teilzerstört. Ziel der Militärstrategie war ein Akt der verbrannten Erde. Mehr als 1 Mill. Menschen, so wird geschätzt, flohen in die großen Städte, meist in den Westteil der Türkei. Bis heute leben viele in slumähnlichen, prekären sozialen und finanziellen Verhältnissen. Viele sind entwurzelt und warten nur darauf, wieder zurück in ihre Dörfer gehen zu können. Aus vielen wohlhabenden Menschen sind Bettler geworden.

Die Rückkehr in ihre Dörfer gestaltet sich nach wie vor äußerst schwierig: Grundbucheintragungen werden häufig nicht anerkannt, in einigen Fällen sind sie auf Dorfschützer umgewidmet.

Ein großes Problem sind die Minen. Es existieren weder von militärischer, noch von PKK – Seite genaue Karten, wo Minen liegen könnten. Menschenrechtsorganisationen beklagen nach wie vor wöchentliche Minenopfer. 30% der Behinderten im Behindertenverein in Hakkari (etwa 600 Mitglieder) sind Opfer von Minen.

Ein weiteres Problem ist die Sicherheit. Viele Menschen wurden mit Unterstützung oder durch persönlichen Einsatz von Dorfschützern vertrieben. Ein Teil der Dorfschützer hat Grund und Boden dieser Vertriebenen an sich gerissen und selbst angefangen das Land zu bebauen. Solange die Dorfschützer ihre Waffen nicht abgegeben haben und dieses staatliche Repressionsinstrument nicht offiziell aufgelöst wird (was z.T. neue soziale Probleme mit sich

bringen kann, weil viele Dorfschützer auf das Geld des Staates mittlerweile angewiesen sind), stellen sie für die meist traumatisierten Vertriebenen ein subjektives und manchmal auch objektives Sicherheitsrisiko dar. So wurde uns in Van berichtet, dass Dorfbewohner nach Devig köy (Kreis Semdinli) zurückgekehrt seien. 2008 wurde das Dorf wieder beschossen, ein Mädchen getötet. Vor Gericht wurde das nicht weiter verfolgt. Es gibt keine staatlich garantierte Sicherheit, wenn die Menschen in ihre Dörfer zurückgehen. Zwar fördert die Regierung die freiwillige Abgabe von Waffen, dieses Programm wird aber sehr unterschiedlich von den Dorfschützern angenommen. In dem Dorf, das wir besuchten, haben 130 Dorfschützer ihre Waffen abgegeben und nur 8 haben sie behalten. Dementsprechend konnte Herr H. uns auch recht entspannt in seinem ehemaligen Dorf herumführen.

Zwar hat die Regierung auf Druck der internationalen Gemeinschaft ein finanzielles Entschädigungsprogramm für die Zerstörungen aufgelegt. Dafür wurde eine Kommission eingerichtet. Das bürokratische Antragsverfahren überfordert viele, besonders Personen ohne Schulbildung und Analphabeten

Häufig bekommen die falschen Personen die Entschädigung. Unsere Gesprächspartner wiesen immer wieder auf Beispiele hin, bei denen Dorfschützer, deren Häuser und Dörfer überhaupt nicht zerstört worden seien, Millionen Lira als Entschädigung erhalten hätten. Nach außen möchte man offensichtlich zeigen, dass das Entschädigungsprogramm und das Rückkehrprogramm funktionieren. So konnten wir in dem Dorf, das wir besuchten, einige neue und schicke Häuser vorfinden, die z.T. aus diesem Entschädigungsprogramm finanziert wurden. Dagegen muss Herr H. immer noch auf ein Gerichtsurteil warten, um die ihm zustehende Entschädigung für sein zerstörtes Elternhaus einfordern zu können. Er sei froh, zumindest die Papiere der Grundbucheintragung gerettet zu haben, um so sein Eigentum nachweisen zu können. Viele hätten Schwierigkeiten, überhaupt entsprechende Papiere herbei zu schaffen.

Auch wenn jemandem von der Kommission eine Entschädigung zugesprochen bekommen hat, kann sie jeder Zeit wieder aberkannt werden, wenn er in den Verdacht kommt, mit der PKK zusammengearbeitet zu haben.

Meist wird die Entschädigungszahlung auch mit einer Unterschrift der Betroffenen verbunden, dass das Haus, das Dorf etc von der PKK zerstört worden sei. Ohne diese Unterschrift werden Zahlungen verweigert oder den Antragstellern unterstellt, sie sympathisierten immer noch mit der PKK. Hier wird besonders die Erniedrigung deutlich, mit der die Entschädigungszahlungen erkaufte werden müssen. Deshalb nehmen auch viele sie erst gar nicht in Anspruch.

Häufig ist mit der Dorfzerstörung auch jegliche Infrastruktur zerstört. Es fehlt an allem, angefangen von entsprechenden Wasserstellen bis hin zu Strassen, Wegen und sicheren Abwassereinrichtungen. In einigen Fällen wird das Land darum herum auch nicht frei gegeben. Manchmal ist es auch nicht mehr möglich, die Felder wieder für Landwirtschaft ohne Unterstützung von außen herzustellen. Gezielte Förderung und Hilfen, um eine neue Existenz zu beginnen oder die Kenntnisse wieder zu erneuern, gibt es nicht. Viele der jüngeren Generation, die in den Großstädten aufgewachsen sind, sehen sich überhaupt nicht in der Lage, die alten landwirtschaftlichen Techniken anzuwenden. Viel Land ist mittlerweile verwildert und wertlos geworden. Ohne ein gezieltes Dorfentwicklungsprogramm und ein entsprechendes Trainingsprogramm bleibt die Rückkehr in die Dörfer unattraktiv. In dem Dorf von H. leben zur Zeit nur 13 Schulkinder. Diese müssen in das Nachbardorf mehrere Kilometer entfernt zur Schule gehen. Da Gott sei Dank eine gute Strasse zu diesem Dorf führt, werden sie mit dem Schulbus abgeholt. Ansonsten leben in diesem Dorf meist nur noch ältere Menschen.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist H. sehr optimistisch und meinte, zumindest für sein Dorf gelte es, dass 2010 ein Jahr der Rückkehr sein würde. Er selbst würde sofort dorthin zurückkehren und sein zerstörtes Haus wieder aufbauen (übrigens wurde die Teilzerstörung und Vertreibung der Dorfbewohner nachweislich durch deutsche G 3 Gewehre gemacht) Er hoffe auch, dass durch die zunehmend entspannte politische Lage auch wieder sich armenische Christen ansiedeln werden, wie das bis 1924 der Fall war. Das Dorf habe noch funktionierende Trinkwasserstellen, der Boden sei sehr fruchtbar, insbesondere für allerlei Obstbäume, außerdem habe es einen Lebensmittelladen. Das Schulgebäude und der leer stehende Gesundheitsposten, worin seine verstorbene Frau als Krankenschwester gearbeitet habe, sind im letzten Jahr zu seinem Bedauern abgerissen und dem Erdboden gleichgemacht worden. Er verwies auf ein neu erbautes, aber noch leer stehendes Haus, das eine nach Deutschland geflüchtete Familie auf ihrem Grundstück neu errichtet hatte. Er hoffe, dass sie dieses Jahr wieder dort einziehen werden. „Viele werden ihnen folgen“ war seine optimistische Prognose.

Flüchtlinge in der Türkei

Christa Blum, Friedrich Vetter, Linda Müller

Ein wichtiger Punkt unserer Delegationsreise war die Situation der Flüchtlinge in der Türkei.

Dabei sind drei Gruppen zu unterscheiden:

1. Flüchtlinge, die in der Türkei Asyl beantragen
2. Flüchtlinge, die die Türkei als Transitland nutzen
3. Flüchtlinge in Flughafen-Transit-Zonen

1. Flüchtlinge, die Asyl beantragen

Unsere Reise begann in Van ganz im Osten der Türkei, 150 km von der iranischen und 100 km von der irakischen Grenze entfernt. Wer hier über die Berge die Grenze überschreitet, kann noch 50 km beidseits der Grenzen zurückgeschickt werden. Es kommen hierher Flüchtlinge aus Afghanistan, aus dem Irak, dem Iran, aus Pakistan, Somalia und vielen anderen Ländern. Allein in Van leben ca. 4000 registrierte Flüchtlinge. Es sind meist junge Männer und Minderjährige. Sie sind allesamt in schlechtem gesundheitlichem Zustand.

In der Gesamt-Türkei sind es 19-20 000 registrierte Flüchtlinge und Asylsuchende.

Die Türkei hat die Genfer Flüchtlingskonvention 1962 ratifiziert. Aber nur Menschen aus EU Ländern können Asyl in der Türkei erlangen (sog. Regional- Vorbehalt.)

Alle anderen erhalten in der Türkei nur temporäres Asyl und müssen nach Anerkennung in ein Drittland ausreisen.

Aufnahmebereite Länder sind USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen und Irland , Schweden nimmt Flüchtlinge auf, wenn familiäre Beziehungen dorthin bestehen.

Wie ist der Ablauf? Flüchtlinge müssen sich innerhalb von 10 Tagen bei der Polizei und beim UNHCR registrieren lassen, wo ein Vor-Interview gemacht wird.

Danach müssen Asylsuchende zwischen **4 und 14 Monate** auf einen Interviewtermin beim UNHCR warten. Die Antwort, ob sie vom UNHCR als Flüchtling anerkannt wurden, dauert **wieder Monate bis über 1 Jahr**.

Wenn der Flüchtlingsstatus nicht akzeptiert wird, kann ein neues Interview beantragt werden, - es gibt keine Regel, wie lange die Antwort darauf dauert. Es gibt Menschen, die **8 Jahre** nach Antragstellung noch keinen endgültigen Bescheid haben! Wenn der Antrag anerkannt wurde, wird wieder gewartet. Bei vielen Flüchtlingen dauert es **über ein Jahr**, bis das Aufnahmeland feststeht. Menschen, die nach Australien wollen, müssen manchmal 3 Jahre warten. (USA ein Jahr).

In dieser Zeit leben sie in so genannten Satellitenstädten. Sie müssen sich mindestens zweimal pro Woche bei der Polizei melden, dürfen die Stadt ohne polizeiliche Genehmigung nicht verlassen. Sie bekommen keinerlei finanzielle Unterstützung und haben Arbeitsverbot. Zudem dürfen sie sich nicht politisch betätigen.

Registrierte müssen jährlich 630 türkische Lira (ca.315 Euro) bezahlen. Wer dies nicht zahlt, verspielt seine Chance auf Transfer ins Drittland.

Ein Teil der Kinder besucht die Grundschule.

Wie und wovon leben sie? - irgendwie sich durchschlagen? Für uns schwer vorstellbar.

Die Flüchtlinge leben bis zur Abreise ins Zielland in den Satellitenstädten. Wenn er/sie aber anerkannter Flüchtling ist, das Zielland ausgewählt ist, muss er in Städte wie Ankara oder Istanbul fahren, um Interviews bei der Botschaft zu machen oder medizinische Untersuchungen durchführen zu lassen. Das Zielland informiert sich beim türkischen Innenministerium über den Asylsuchenden und das Innenministerium schreibt einen Brief an die türkische Polizei in Form eines Antrags, damit für diese Reise die Residenzpflicht aufgehoben wird. Manchmal bekommt der Flüchtling die Erlaubnis, die Stadt zu verlassen erst, nachdem der Termin bei der Botschaft verstrichen ist. In vielen Fällen hatte der Flüchtling schon das Flugticket aber es fehlte ihm die Erlaubnis des Innenministeriums, seine Stadt zu verlassen.

Parallel zum UNHCR müssen Flüchtlinge seit 1994 **ein türkisches Verfahren** durchlaufen. Dieses Verfahren wird international als willkürlich und restriktiv bewertet. Es kann sein, dass ein vom UNHCR akzeptierter Flüchtling im türkischen Verfahren abgelehnt wird.

Bei Nichtanerkennung des Flüchtlingsstatus muss mit Abschiebung ins Herkunftsland gerechnet werden.

In der Türkei gibt es kein spezifisches Gesetz, das den Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden regelt. die Flüchtlinge sind dem Innenministerium unterstellt in einer so genannten administrativen Haftsituation. Ausführende Instanz ist die Polizei.

2. Flüchtlinge ohne Papiere

Eine ganze Reihe von Flüchtlingen benutzt das Land Türkei nur als Transitland und will dort kein Asyl beantragen. Die Zahl dieser Flüchtlinge lässt sich nur vermuten. Telefonläden in z.B. Izmir mit entsprechend aufgemachten Angeboten, billig nach Afrika zu telefonieren, lassen vermuten, dass sich hier Flüchtlinge aus Afrika aufhalten. Im Stadtbild fallen die afrikanischen Flüchtlinge praktisch kaum auf.

Auch für diese „Transitflüchtlinge“ gibt es Gruppen, die diesen Flüchtlingen helfen und sich um sie kümmern, z.B. „**Multeci-Der**“ in Izmir (www.multeci.org.tr). Diese Gruppe unterstützt die Flüchtlinge sowohl in rechtlichen und sozialen Fragen, als auch - so weit ihnen möglich - in finanziellen Notlagen.

Diese Flüchtlinge nutzen Izmir als Zwischenstopp, um sich Geld zu verdienen, was mit großen Problemen verbunden ist, um dann ihre Flucht weiter fortsetzen zu können. Sie sind dabei immer in der großen Gefahr, dass sie von der Polizei kontrolliert werden und damit ihr

Fluchtweg im Gefängnis endet, das hier den beschönigenden Namen „guest house“ trägt (in Deutschland wird die Abschiebehafte ja auch umschrieben mit dem wohlklingenden Namen: „Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige“.)

MitarbeiterInnen von Multeci-Der dürfen Flüchtlinge in den guest houses nicht besuchen, sie haben keinen Zugang zu den Gefangenen. Wie uns berichtet wurde, haben selbst Rechtsanwälte Schwierigkeiten, in die guest houses hinein zu gehen und ihre Mandanten zu besuchen, wenn sie nur telefonisch von diesen angefragt werden und deshalb beim ersten Besuch noch keine Vollmacht vorlegen können. Der telefonische Kontakt zwischen den Inhaftierten und den MitarbeiterInnen von Multeci-Der ist allerdings möglich und erlaubt.

Besondere Probleme sehen die MitarbeiterInnen von Multeci-Der darin,

- dass Flüchtlinge aus Ländern, in die die Türkei nicht abschiebt, z.B. Palästinenser
- oder Personen aus Somalia auch bis zu 2 Jahren in der Abschiebehafte inhaftiert werden,
- dass Jugendliche oft als Erwachsene eingestuft und als Erwachsene behandelt werden (diesen Jugendlichen wird die Altersangabe nicht geglaubt und sie werden von den Behördenvertretern einfach aufgrund von Schätzung als Erwachsene eingestuft)
- dass der Schulbesuch von Kindern oft schwierig ist, trotz des Rechts auf Bildung
- dass die Flüchtlinge die Rechte, die ihnen zustehen, nicht kennen und
- wenn Flüchtlinge nicht die Sprache türkisch sprechen und
- wenn medizinische Versorgung notwendig wird

In einem Bericht (2008) von Amnesty international wird von Folter und erniedrigender Behandlung in solchen guest houses gesprochen. Die Lebensbedingungen dort seien ganz einfach schlimm und unerträglich. (amnesty international April 2008, STRANDED, Refugees in Turkey denied protection, S. 26).

3. Menschen, die auf dem Flughafen aufgegriffen werden,

wird jeder Zugang zu UNHCR und Rechtsanwälten verwehrt. Asylanträge werden von Flughafen-Transit-Zonen nicht angenommen.

Im Rahmen der EU Verhandlungen soll die Türkei das Asylsystem an das der EU anpassen, das bedeutet die Aufhebung der geographischen Beschränkung (Aufnahme nur für EU Bürger) und die Einführung eines Asylverfahrensgesetzes.

2007 wurde ein Projekt beschlossen mit dem Namen „Unterstützung der türkischen Kapazität zum Kampf gegen illegale Migration und Einrichtung von Abschiebeeinrichtungen für illegale Migranten“. Es wurden 15 Millionen Euro zur Finanzierung von zwei Abschiebezentren und Entwicklung von Standards zugesagt. In Izmir, Istanbul, Ankara, Gaziantep, Van und Erzurum sollen weitere Einrichtungen für Meldung und Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen werden mit dem Ziel, illegale Einwanderer besser kontrollieren und zurückschicken zu können.

Dazu soll die Türkei die eigenen Grenzen gegen „irreguläre Migration“ verschließen und vermehrt Rückführungsabkommen mit Drittländern unterzeichnen. Außerdem sollen MigrantInnen, die über die Türkei in die EU einreisen, dorthin zurückgeschickt werden, um Asyl zu beantragen. Und die westeuropäischen Länder? Das Hauptziel ist -und das lässt sich die EU einiges kosten- die Flüchtlinge vom eigenen Land fernzuhalten. Die humanitäre Verpflichtung, Flüchtlingen Schutz und menschenwürdige Behandlung zukommen zu lassen, spielt dabei kaum eine Rolle.

Dies zu fordern und auch die Forderung an die deutschen Behörden, keine Flüchtlinge an die EU Außengrenzen und in die Türkei abzuschicken und regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms aufzunehmen ist unser Anliegen.

Der Bericht ist eine Zusammenstellung der Informationen von Rechtsanwalt Erhan Aksoy in Van und von Multeci-Der zusammen mit Berichten von Amnesty und dem UNHCR

Treffen mit Ali Y. in Midyat

Gisela Penteker

Familie Y. wurde 2006 nach 10 Jahren in Deutschland aus dem Kirchenasyl in Koblenz abgeschoben. Seitdem leben sie in Tepeüstü, einem Dorf in der Nähe von Nusaybin. Die Koblenzer Freunde unterstützen die Familie noch immer tatkräftig. So konnte Vater Ali letztes Jahr von Spendengeld aus Koblenz einen Dolmus, einen Minibus, kaufen.

Im Rahmen unserer diesjährigen IPPNW-Delegationsreise haben wir uns am 23.3. in Midyat mit Ali Y. getroffen. Die Jungen wollten gerne mitkommen, hatten aber Schule.

Ali sah gut aus, rank und schlank und etwas zur Ruhe gekommen. Sein Deutsch geht noch. Er war aber froh, dass er mit Mehmet kurdisch reden konnte und für mich übersetzt wurde.

Ali war mit dem öffentlichen Bus gekommen. Sein Dolmus war unterwegs. Er selbst kann nur die kurzen Strecken rund ums Dorf fahren. Die Lizenz für Fahrten zwischen Nusaybin und Midyat kostet 75 000 YTL. Ein Freund mit Lizenz fährt die weiteren Strecken.

Ali freute sich über unseren Besuch und die Grüße und das Päckchen aus Koblenz. Er ist sehr dankbar für die Unterstützung, die er weiterhin erhält. Die Kinder kommen insgesamt gut zurecht, besonders die kleine Emine, die ihr Deutsch inzwischen völlig vergessen hat. Alle sind gute Schüler, auch Ceylan trotz seiner Sprachschwierigkeiten.

Am schwierigsten ist es für Nafiye, die Mutter. Sie ist psychisch sehr angeschlagen, traurig, antriebsarm.

Sie versorgt den Haushalt und die zwei Kühe. Gemeinsam konzentrieren sie sich darauf, dass die Kinder ihre Schulen gut abschließen, vielleicht studieren, zumindest eine gute Ausbildung machen. Ali ist in seinem Dorf wieder ganz gut integriert. Sein Gerichtsverfahren ist nicht abgeschlossen. Er hat schon lange nichts davon gehört.

Ali und seine Familie schicken herzlichen Dank und Grüße nach Koblenz und hoffen, dass nächstes Jahr wieder jemand von den UnterstützerInnen mitkommen kann.



Treffen mit Familie S. in Kiziltepe

Gisela Penteker

Familie S. wurde am 20.12.2006, kurz vor Inkrafttreten der Bleiberechtsregelung, aus Bad Pyrmont abgeschoben. Sie sind arabischstämmige Flüchtlinge mit Wurzeln in der Region Viransehir. Wir haben sie seit März 2007 jedes Jahr besucht und über ihr Schicksal berichtet.

Im Rahmen unserer diesjährigen IPPNW-Delegationsreise haben wir uns mit Familie S. am 20.3. in Kiziltepe getroffen. Anwesend waren die Eltern, Halil und Ramazan, sowie ein Nachbar, der die Familie gefahren hat, Mehmet Bayval, mein Dolmetscher, und ich.

Auf Deutsch läuft das Gespräch mit den Eltern schleppend, sie blühen auf, als Mehmet kurdisch mit ihnen spricht. Auch die Mutter beteiligt sich da am Gespräch. Ramazan führt das Gespräch mit mir auf Deutsch, mit seinen Eltern spricht er arabisch, das Gespräch auf kurdisch kann er nur mühsam verfolgen. Türkisch sprechen alle weiterhin nur bruchstückhaft.

Halil ist seit unserem letzten Besuch nicht gewachsen. Seine Hautfarbe ist immer noch auffällig erdfarben. Er beteiligt sich kaum am Gespräch, starrt vor sich hin. Auf Nachfragen gibt er an, dass er ständig große Schmerzen habe. Er gehe fast jeden Tag ins Krankenhaus statt in die Schule. Dort bekomme er Schmerzmittel, die aber nicht lange helfen.

Die Familie berichtet, dass er sehr schwierig im Umgang sei. Er bekomme viele Wutanfälle und brülle dann und schlage alles kaputt. Alle hätten Angst vor diesen Ausrastern und ließen ihn weitgehend in Ruhe. Für die Eltern scheint das größte Problem zu sein, dass Halil einnässt und zwar tags und nachts.

Der Vater wird mit ihm zu Dr. Suer fahren, sowie er das Geld hat. Die vom Gericht bewilligten 120,-Euro seien nicht genug, da sie damit rechnen müssten, mehrere Tage in Alanya bleiben zu müssen. Zusammen mit dem Geld von Familie Vogt und einer kleinen Spende von der Reisegruppe wird es aber wohl reichen.

Mehmet ist seit 4 Monaten beim Militär. Er ist in Hakari eingesetzt und in Kämpfe verwickelt. Er hat sehr große Angst. Gerade ist sein Ausbilder bei einem Kampfeinsatz gefallen. Die Kameraden machen sich über ihn lustig, nennen ihn den Deutschen. Damit wäre er aber besser dran als die Kurden.

Süleiman arbeitet immer noch für 10YTL am Tag bei seinem Gemüsehändler.

Ramazan ist sehr mutlos, sieht keine Zukunft. Nächstes Jahr muss auch er zum Militär. Hoffentlich hört das Leben dann auf, sagt er.

Die Tochter Serap regelt weiterhin zu Hause alles.

Der Jüngste gehe zwar zur Schule, er sei aber etwas zurück geblieben. Er rede ein solches Kauderwelsch, dass niemand ihn verstehe.

Die Mutter ist sehr depressiv und läuft schlecht auf ihren kaputten Schuhen. Der rechte Fuß ist verkrüppelt, sie läuft auf der Hacke, weil sie gar nicht auftreten kann. Hier wäre eine orthopädische Schuhversorgung dringend erforderlich. Mit Folgeschäden an Knie, Hüfte und Wirbelsäule ist sonst zu rechnen, ganz abgesehen von den Schmerzen.

Die türkischen Samstagsmütter und die bittere Konfrontation mit der Wahrheit

Eva Klippenstein

Das gewaltsame Verschwindenlassen politischer Gegner ist eine besonders grausame Praxis terroristischer Gewaltherrschaft, das weltweit verbreitet ist. In Nazideutschland wurden mit verdeckten Operationen die Opfer spurlos beseitigt und gleichzeitig Angehörige und Sympathisanten eingeschüchtert. Von zahllosen rechten wie linken Militärregimes wurden die Praktiken übernommen, so in Guatemala, Kolumbien, Chile und vor allem in Argentinien, wo in den Jahren der Militärdiktatur von 1976 -1983 ca. 30.000 Menschen ermordet und heimlich begraben oder betäubt aus Militärflugzeugen über dem offenen Meer abgeworfen wurden.

Auch in der Türkei hat das Verschwindenlassen politischer Gegner eine Tradition: am 28.1.1921 wurde Mustafa Suphi der Gründer und Vorsitzende der türkischen Kommunistischen Partei, zusammen mit 15 Genossen von „Unbekannten“ ermordet und anschließend bei Trabzon im schwarzen Meer versenkt.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde die schmutzige Geschichte des Verschwindenlassens neu geschrieben. „Unbekannte Täter“ haben heimlich tausende Menschen ermordet, deren Leichname bis heute verloren gegeben sind - ähnlich wie in Argentinien. Die Festnahmen erfolgten manchmal verdeckt, oft aber durch bewaffnete Männer auf offener Straße, gegen die Familienangehörige oder Zeugen machtlos waren. 13 Fälle wurden zwischen 1980 und 1990 in verschiedenen türkischen Regionen gezählt. Einer von ihnen war Hüseyin Morsumbül, ein 17Jähriger aus Bingöl, der am 18.September 1980, also direkt nach dem Putsch von der Polizei wegen einer Aussage „nur für 5 Minuten“ abgeholt wurde und danach nie wieder aufgetaucht ist. Die Familie hat überall gesucht, gebettelt und gehofft, alles vergebens. Für die Angehörigen hört der Schmerz durch die immerwährende Ungewissheit niemals auf.

Ab den 90er Jahren nahmen die Fälle des Verschwindenlassens in erschreckendem Ausmaß zu. Im Namen der Einheit und Unteilbarkeit des Landes wurde ohne Unterschied alles zivile Leben zum militärischen Ziel erklärt. Der Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten ermöglichte die fortgesetzte Eskalation der Gewalt zwischen kurdischen Rebellen, die ihrerseits die Zivilbevölkerung einbezog und staatlicher „Terrorbekämpfung“. Nicht nur durch Militär und Polizei, sondern vor allem durch verdeckte, paramilitärische Gruppierungen, die mit unbeschränkter Vollmacht, Waffen und Geld ausgestattet waren und unter dem Kürzel JITEM den Krieg nicht gegen die PKK, sondern gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung führten.

Im Rahmen von „Operationen“ wurden Dörfer niedergebrannt und ihre Bewohner zwangsweise vertrieben, unzählige Dorfbewohner erschossen und anschließend in den Nachrichten zu „bewaffneten Terroristen“ erklärt. Die Einsatzkräfte rühmten sich dieser Taten und in der staatlichen Propaganda erschienen sie als -wenn auch namenlose- Helden. Eines ihrer prominentesten Opfer war Vedat Aydın, ein charismatischer Intellektueller, Vorsitzender der kurdischen HEP und Gründungsmitglied des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir: er wurde am 5. Juni 1991 um Mitternacht vor den Augen seiner Frau von einem Todeskommando gewaltsam entführt und 3 Tage später in Maden unter einer Brücke von der Folter entstellt gefunden.

Hüseyin Toramans Verhaftung am 27. Oktober 1991 wurde nachträglich von mehreren Zeugen bestätigt – und trotzdem hartnäckig dementiert. Er war ein linker Aktivist und wurde bereits gesucht, als in seiner Abwesenheit mehrere Polizisten seine Wohnung stürmten und dort irrtümlich auf Kollegen das Feuer eröffneten, die sie heimlich besetzt hielten. Die Opfer: ein Toter und ein Verletzter wurden der linken Gewalt zugeschrieben. Das bekam auch sein

Vater, Ali Riza Toraman zu spüren, der vor Hüseyins Ergreifen von der Polizei misshandelt und schwer gefoltert wurde. Sein jüngerer Bruder, Kemal Toraman, der damals schon in Deutschland lebte, wusste dass der Asthmatiker Hüseyin die Folter nicht überleben würde und versuchte mit allen Kräften, ihn zu retten, aber auch die Eilaktion durch amnesty international und Appelle an deutsche Politiker waren vergeblich.

Samstagsmütter

Allein im Jahr 1994 wurden vom türkischen Menschenrechtsverein 299 Fälle des Verschwindenlassens registriert. Als kein Tag verging ohne neue Schreckensmeldungen wurde am 21. März 1995 Hasan Ocak, ein 30jähriger Lehrer, in Istanbul verschleppt. Seine Familie fing sofort an, ihn zu suchen, da es Augenzeugen seiner Festnahme gab und sein Foto wurde überall verbreitet. Nach 55 Tagen, am 17. Mai erhielt seine Mutter eine Aufforderung der Gerichtsmedizin, eine Leiche zu identifizieren, die bereits auf einem Friedhof für namenlose Tote begraben war. Trotz der Entstellung durch die Folter konnte der Gesuchte identifiziert werden, (unter anderem durch Tintenspuren an seinen Fingerspitzen). Sein Tod war bereits 4 Tage nach der Festnahme durch Erwürgen in einem Wäldchen nahe Istanbul eingetreten.

Während Hasan gesucht wurde, fand man auch die Leiche von Ridvan Karakoç, der bereits am 15.2.1995 verschwunden war, im selben Wäldchen; auch er nach der Folter getötet. Für die Familien der Verschwundenen wurde das Wäldchen von Beykoz damit zu einer wichtigen Adresse.

Da die Regierung¹ und die Justiz sich zu den Morden durch unbekannte Täter indifferent verhielt oder schwieg und sich diese brutale Praxis unübersehbar ausweitete, musste etwas gegen die Verzweiflung unternommen werden. Die Mütter der Opfer, angeführt durch Emine Ocak, Mutter von Hasan Ocak, entschieden sich spontan am Muttertag 1995 zur öffentlichen Klage. Sie versammelten sich von da an jeden Samstag vor dem Galatasaraygymnasium in Istanbul, friedlich, schweigend, mit Fotos ihrer Lieben, um auf diese Weise ihre Forderung hörbar zu machen: die Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen vor Gericht zu bringen. Sie machten es wie die Mütter und Großmütter in Argentinien, die in der dunkelsten Zeit der Militärdiktatur regelmäßig die Plaza de Mayo umrundeten: direkt vor dem Regierungspalast, unter massivem Druck der Staatsmacht, mit weißen Kopftüchern, um so den Henkern und Scharfrichtern die Scham ins Gesicht zu treiben.

Das erste Treffen der Samstagsmütter wurde außer von der Polizei von fast niemandem beachtet und es gab nur 2 kleine Artikel in der Presse. Aber schon am 8. Juli gab es den ersten Angriff eines Einsatzkommandos. Das hat auch zur Beachtung der Presse geführt. Die Samstagsmütter wurden von der Polizei beleidigt, bedroht,



¹ Oktober 1991: Ministerpräsident Süleyman Demirels versprach bei seinem Regierungsantritt: „Gläserne Polizeiwachen“! /ai-info 2/92

mit Knüppeln geschlagen, über den Boden gezerrt, doch sie setzten trotzdem etwa 3 Jahre lang beharrlich Woche um Woche teils hoffnungsvoll, teils bedrückt ihre stummen Proteste fort, oft unter Einsatz ihrer letzten Kräfte, ohne die Hoffnung auf die Rückkehr ihrer Angehörigen, aber im Wissen, dass nur so die scheußlichen Verbrechen ans Licht gebracht werden können. Und sie schafften es, sich mit der in vielen Ländern von Lateinamerika, Asien und Nordafrika bereits bestehenden „Allianz gegen das Verschwindenlassen“² zu vernetzen.

Und es gab Lichtblicke: die Internationale Liga für Menschenrechte in Berlin, die sonst nur Persönlichkeiten auszeichnet, verlieh am 10.12. 1996, dem Tag der Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medallie zum ersten mal an eine Initiative, die Samstagsmütter. Es wurden Songs auf die Mütter vom Galatasaraygymnasium komponiert und diese Solidarität hat sie bestärkt. Aber trotz dieser Unterstützung, die jetzt auch von Teilen der Gesellschaft und vom Ausland kam, blieb die bleierne Ungewissheit um das schreckliche Schicksal der Angehörigen bestehen. Eigentlich hatte die Gesellschaft nicht den Mut, den Samstagsmüttern in die Augen zu sehen.

Am 28. Mai 1998 trafen sich die Großmütter von der Plaza de Mayo aus Argentinien in Istanbul mit den Samstagsmüttern. Dieses Treffen setzte ein optimistisches Fanal, einmal durch die Botschaft der Solidarität, darüber hinaus weil sie Großmütter und alt waren, ferner die eigentlichen Begründerinnen der Verschwundenbewegung sind. Aus heutiger Sicht zeigt sich darüber hinaus, dass ihr mehr als 30jähriges zähes Ringen die gesellschaftliche Kultur ihres Landes nachhaltig zu verändern half.

Nach diesem Besuch steigerte die Staatsmacht ihre brutale Abwehr gegen die allwöchentlich stattfindende friedliche Menschenrechtsdemonstration. Unter Missachtung der türkischen Verfassung³ sowie des von der Regierung unterzeichneten Übereinkommens über die grundlegenden Rechte und Freiheiten⁴ wurde aus angeblichen Sicherheitsgründen die Versammlung am Galatasaraygymnasium, sowie das Recht auf Presseverlautbarungen von den gewaltsam vorgehenden Sicherheitskräften verweigert.

In den 7 Monaten danach wurden insgesamt 431 Personen von mehreren Stunden bis zu 5 Tagen in Polizeihaft genommen, geschlagen, drangsaliert, über den Boden geschleift und beleidigt. Sie wurden angeklagt wegen Widerstands gegen die Polizei und Verletzung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Frauen, die weder lesen noch schreiben konnten, kamen wegen „Anschreibens von Parolen an die Zellenwände“ vor Gericht.

Am 13. März 1999, ihrem 200. Zusammentreffen, wollten sich die Samstagsmütter angesichts des zunehmenden Drucks in Beykoz, dem „Wald der Verschwundenen“ treffen. Aber auch dort gab es wieder Behinderungen und Festnahmen. Emine Ocak, die einen Baum im Namen ihres Sohnes gepflanzt hatte, wurde zusammen mit 10 weiteren Personen in Polizeihaft genommen und dort so schwer misshandelt, dass sie noch lange Zeit darunter zu leiden hatte.

Insgesamt 4 Jahre lang hatten die Samstagsmütter ausgehalten. Demonstrationen sind angesichts der Verbote, Anzeigen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren nur ansatzweise möglich, die Betroffenen physisch und psychisch ausgelaugt, aber dennoch nicht ganz ohne Hoffnung. Der Protest hat subtilere Formen angenommen und er kann jederzeit wieder in alter oder neuer verstärkter Form aufgenommen werden. Denn noch immer sind tausende Menschen vermisst, neue Fälle werden registriert und Erkundigungen bei den Behörden

² Diese Allianz wurde von FEDEFAM angeführt und hat schließlich am 20.12.2006 zur Verabschiedung des UN-Abkommens gegen das Verschwindenlassen geführt.

³ Nach Art. 34 der türk. Verfassung darf sich jedermann nach Anmeldung ohne behördliche Erlaubnis, friedlich und ohne Waffen jederzeit versammeln.

⁴ Die Türkei ist Vertragsstaat seit des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte seit dem Jahr 2006

erbringen nur die immergleichen dünnen Auskünfte: „die genannte Person ist nicht bei uns“, oder „er/sie wurde freigelassen“.

Das Justizverfahren Ergenekon

Das Schweigen wird allmählich gebrochen, aber der Staat schweigt, d.h. einige der Totschläger und Schlächter von JITEM (oder welcher Gruppierung auch immer haben angefangen zu erzählen. Unter dem Siegel der Anonymität sagen sie aus, wie und wo sie Menschen getötet und verscharrt haben, während der Staat auch hierzu beharrlich schweigt. Abdülkadir Aygan, ein ehemaliger PKK-Kämpfer, der auf die andere Seite gewechselt und zu einem der gefürchtetsten Auftragsmörder unter JITEM geworden war, hat bereits mehr oder weniger offen zugegeben, dass er in den Jahren seiner Tätigkeit eine große Zahl von Menschen ermordet hat. Wie viele es waren, könne er nicht sagen, meinte aber, „soviel ich weiß, habe ich in Diyarbakir in 10 Dienstjahren zwischen 600 und 700 Vollstreckungen durchgeführt“. Aygan hat zugegeben, dass er im Auftrag von JITEM höchstpersönlich den angesehenen kurdischen Schriftsteller Musa Anter ermordet hat.

Einige der Ereignisse, die seit Jahren ungeklärt sind, werden durch den derzeitigen Ergenekon-Prozess zu Tage gefördert. Seitdem werden nämlich in den kurdischen Gebieten zahllose Leichengruben gefunden. Inoffiziell wird eingeräumt, dass von staatlichen Organen (dem „tiefen Staat“) Massenmorde und gesetzwidrige Hinrichtungen angeordnet wurden. Die Angehörigen der Verschwundenen verlangen, dass die Beschuldigten, die in diesem Verfahren vor Gericht stehen und alle, die in den 90er Jahren in den kurdischen Gebieten als Verantwortliche im Dienst des Staates standen, vor allem die Militärpersonen, aber auch Verwaltungs- und Sicherheitsbeamte, wegen der begangenen Verbrechen angeklagt werden. Sie verlangen Aufklärung über die Opfer, die zu tausenden in Säuregruben, Massengräbern, in Höhlen oder in stillgelegten Industrieanlagen oder wie in Argentinien durch Abwurf von Militärhubschraubern beseitigt worden sind. Sie verlangen mit Nachdruck, dass die Gräber für unbekannte Tote auf dem Friedhof der Gemeinde Silopi geöffnet werden, auf dem angeblich bis zu 200 oder mehr Mordopfer liegen.

Der Wahrheit ins Auge sehen

Nach mehr als 200 Wochen Zeugenaussagen im Ergenekonverfahren und Hinweisen von nicht Angeklagten ist es Zeit, alle Fakten auf den Tisch zu legen und die Verantwortlichen zu benennen. Es ist aber zu befürchten, dass das Interesse des Staates und der Öffentlichkeit in diesem Verfahren nicht groß genug ist, um alles ans Licht zu bringen. „Auch wenn es noch so schwer ist, das Zeugnis über die Tragödie des Verschwindenlassens immer wieder abzulegen, muss wie in einem historischen Manifest wieder und wieder davon erzählt werden, um gegen die ungerechte und grausame Amnesie anzukämpfen, denn wir dürfen nicht zulassen, dass es vergessen wird. Unser Erinnern ist ein Teil unserer Scham“ (Nimet Tanrikulu, Sprecherin der Samstagsmütter⁵)

Literaturempfehlungen von TeilnehmerInnen der Delegationsreise

Zusammengestellt von Jana Simon

⁵ Tükenmez, mayis-haziran 2009;

Belletristik:

- Abbas, Hilmi. Das ungeschriebene Buch der Kurden – Mythen und Legenden. Diederichs Verlag, München, 2003, ISBN-13: 9783720523875
- *Der kurdische Arzt und Autor Hilmi Abbas lernte in seiner Kindheit am Van-See übermittelte Mythen, Legenden und Märchen aus vorislamischer Zeit auswendig und hat sie hier zu Papier gebracht.*
- Arslan, Antonia. Das Haus der Lerchen. Goldmann, 2007, ISBN-13: 9783442464234 *Preisgekrönte Familiensaga über Armenien zu Beginn des 20. Jahrhunderts.*
- Baydar, Oya. Verlorene Worte. Roman. Aus dem Türkischen von Monika Demirel. Claassen Verlag, Berlin, 2008, ISBN-13: 978-3546004350
»Eine Lektüre, die uns Hoffnung und Liebe, Leidenschaft und Betrug noch einmal erleben lässt.« Dünya Kitap
- Bilgen-Reinart, Üstün. Porcelain Moon and Pomegranates. Dundurn Press, 2007, ISBN-13: 978-1550026580,
Eine Türkin aus Ankara kehrt nach einem Leben in Kanada in die Türkei zurück.
- Düzen, Husen (Hg.). Zehn kurdische Erzähler. Ararat Winterthur, 1996, ISBN-13: 9783952054574
- Edgü, Ferit. Ein Winter in Hakkari. Unionsverlag, 1999, ISBN-13: 978-3293200210
Ein Lehrer wird in den äußersten Osten der Türkei versetzt.
- Eggers, Wilfried. Paragraf 301. Grafit Verlag, 2008, ISBN-13: 978-3894256586
Ein Krimi zwischen Elbe und Dersim. Spannend und gut recherchiert.
- Hikmet, Nazım,
Einer der bedeutendsten türkischen Poeten, lebte bis zu seinem Tode jahrelang im russischen Exil.
- Hilsenrath, Edgar. Das Märchen vom letzten Gedanken. dtv, 2006, ISBN-13: 978-3423134859
Die tragische Geschichte des armenischen Volkes und seiner Ausrottung durch die Türken im ersten Holocaust des letzten Jahrhunderts.
- Kelsey, Tim. Gesichter der Türkei – Von Istanbul bis Kurdistan. Europäische Verlagsanstalt (eva), 1999, ISBN-13: 978-3434530190
Der englische Journalist bereiste jahrelang die Türkei, sprach mit unterschiedlichsten Menschen. Seine Reportage widmet sich Aspekten von Kultur, Politik, Geschichte und Religion.
- Kemal, Yaşar. Memed, mein Falke. Unionsverlag, 1990, ISBN-13: 978-3293200029
Populärstes Werk des bedeutenden Romanciers kurdischer Abstammung. Erster Band des Romanzyklus Ince Memed über einen Bauernjungen, der aus Not und Wut zum Räuber, Rächer und Rebellen seines Volkes wird.
- Koydl, Wolfgang: Gelobt sei der Hl.Staat – Türkische Tragikomödien. Picus Verlag, 2004, ISBN-13 9783854527404
In 18 Episoden fängt der Autor verschiedene Aspekte der modernen Türkei ein.
- Mak, Geert. Die Brücke von Istanbul – Eine Reise zwischen Orient und Okzident. Pantheon Verlag, München 2007, ISBN-13: 9783570550403
»Spannende kleine Soziologie der [Galata-]Brücke« Süddeutsche Zeitung
- Mungan, Murathan. Der Palast des Ostens. Unionsverlag, 2006, ISBN-13: 978-3293100053
Fünf Erzählungen vom in der Türkei wie ein Popstar verehrtem Murathan Mungan.
- Nesin, Aziz. Surnâme – Man bittet zum Galgen. Unionsverlag, 1996, ISBN-13: 978-3293200661

Satire vom kurzen Leben und langen Leiden des Barbiers Hayri und von den vielen Mühen, die dem Staate erwachsen, diesen ordnungsgemäß vom Leben zum Tode zu befördern.

- Pamuk, Orhan. Das neue Leben. Carl Hanser, 1998, ISBN-13: 978-3446192898
Vielleicht der bedeutendste Roman des Nobelpreisträgers.
- Safak, Elif. Der Bastard von Istanbul. Eichborn. 2007, ISBN-13: 978-3821857992
Auf der Suche nach ihrer eigenen Identität reist die in den USA aufgewachsene türkisch-armenische Armanoush nach Istanbul.
- Uzun, Mehmed. Im Schatten der verlorenen Liebe. Unionsverlag, 1998, ISBN-13: 978-3293201262
Mehmed Uzun lebte jahrelang im schwedischen Exil und gilt als einer der bedeutendsten modernen kurdischen Romanciers.
- Werfel, Franz. Die vierzig Tage des Musa Dagh. Fischer (Tb.), Frankfurt, 1990, ISBN-13: 978-3596294589
Roman. Der Berg Musa Dagh wurde im Sommer 1915 für 5000 zum Widerstand entschlossene Armenier zur natürlichen Abwehrfestung gegen die Jungtürken.

Sachliteratur:

- Brentjes, Burchard, Günther, Siegwart-Horst. Die Kurden – Ein Abriß zur Geschichte und Erfahrungsberichte zur aktuellen humanitären Situation. Braumüller, 2001, ISBN-13: 978-3-7003-1351-9
- Bürgel, Rudolf. Die Deutsche Türkeipolitik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan. GNN Verlag Süd, ISBN-13: 978-3980544108
- Glasneck, Johannes. Kemal Atatürk und die Moderne Türkei. Ahriman, 2010, ISBN-13: 978-3-89484-608-4
- Grässlin, Jürgen. Versteck dich, wenn sie schießen. Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr. Droemer Knauer Verlag, 2003, ISBN-13: 978-3426272664
Der Teil über Hayrettin und seine Geschichte mag insofern interessant sein, weil wir auf dieser Fahrt Hayrettin und sein Dorf besucht haben.
- Gruko, Helen. »Wichtig ist, sich nicht zu ergeben« Verfolgung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten im Kontext von Menschenrechtsarbeit und politischen Verfahren in der Türkei und Kurdistan. Medico International, Frankfurt, 1996, ISBN-13: 978-3923363230
- Hermann, Rainer. Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei. Deutscher Taschenbuch Verlag, 2008, ISBN-13: 978-3423246828
»Hermanns Buch ist Pflichtlektüre, um das politische Kräftespiel in der Türkei zu verstehen.« Die Zeit
- Inalcik, Halil. Turkey and Europe in History. EREN, 2006, ISBN-13: 979-975637224-0
- *9 wissenschaftliche Artikel über das Osmanische Reich und dessen wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Europa.*
- Khalil, Fadel: Kurden heute. Europa Verlag, 1992, ISBN-13: 978-3203511603
- Nirumand, Bahman. Die kurdische Tragödie. Die Kurden – verfolgt im eigenen Land. Rowohlt Tb., 1997, ISBN-13: 978-3499130755
- Kizilhan, Ilhan. Der Sturz nach oben. Kurden in Deutschland – eine psychologische Studie. Medico International, 1995, ISBN-13: 978-3923363193
»Ilhan Kizilhan legt mit diesem Buch die erste empirische Untersuchung über die psychosoziale Situation der Kurden in Deutschland vor.« medico international

- Kizilhan, İlhan. Die Yeziden. Eine anthropologische und sozialpsychologische Studie über die kurdische Gemeinschaft. Medico International, 1997, ISBN-13: 978-3923363254
- Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph K. Kleine Geschichte der Türkei. Reclam jun., Philipp, Verlag GmbH, 2009, ISBN-13: 978-3150186695
- Mater, Nadire. Mehrets Buch – Türkische Soldaten berichten über ihren Kampf gegen kurdische Guerillas. Suhrkamp Verlag, 2001, ISBN-13: 978-3518121948
- *42 Protokolle türkischer Wehrpflichtiger, die im Kampf gegen die PKK in Südostanatolien eingesetzt wurden.*
- Matuz, Josef. Das Osmanische Reich – Grundlinien seiner Geschichte. WBG, 2006, ISBN-13: 978-3534200207, *Vielleicht das beste Buch zum Thema.*
- Perry, Anderson. Nach Atatürk – Die Türken, ihr Staat und Europa. Berenberg, Berlin, 2009, ISBN-13: 978-3937834313
- Pieper, Anke/ Jensen, Moritz. Deutschland und NATO im Türkei-Kurdistan-Krieg. IPPNW, 1999, ISBN 3-00-004869-3
- Uzun, Mehmed. Einführung in die kurdische Literatur. Ararat Publikation, St. Gallen, 1994, ISBN 3-9520545-3-4

Film:

- Allein gegen die Waffenindustrie. Regie: Katja Duregger. Ausgestrahlt in WDR, EinsExtra/ ARD, Phoenix 2009
Die Filmemacherin Katja Duregger und ihr Team begleiteten den Friedensaktivisten Jürgen Grässlin 2009 bei einer Reise nach Türkisch-Kurdistan, wo mit Einsatz von Heckler & Koch-Waffen Zehntausende von Kurdinnen und Kurden getötet wurden. Auch hier ist besonders der Teil vom Besuch des Dorfes von Hayrettin von Interesse.
- Close up Kurdistan. Dokumentarfilm. Deutschland 2007. Regie: Yüksel Yavuz
Von Hamburg bis in den Nordirak. Der Regisseur verwebt eigene Immigrationsgeschichte/ Erfahrungen mit historischen Hintergründen und politischen Entwicklungen in der Türkei.
- Hejar – Großer Mann, kleine Liebe (Büyük Adam Küçük Aşk). Türkei 2001. Regie: Handan Ipekçi
Die 5-jährige kurdische Hejar, die ihre Eltern verloren hat, findet Zuflucht bei dem pensionierten Richter Refat Bey. Beide sprechen die jeweils andere Sprache nicht.
- Organize Isler – Krumme Dinger am Bosphorus. Türkei 2005. Regie: Yılmaz Erdoğan
- Schildkröten können fliegen (Lakposhtha hãm parvaz mikonand). 2004. Regie: Bahman Ghobadi
Türkisch-irakische Grenze kurz vor Ausbruch des Irakkrieges 2003. Das Leben der Kinder in der Krisenregion wird beeindruckend und erschütternd dargestellt.
- Und macht Euch die Erde untertan. Dokumentarfilm. Österreich 2008. Regie: Christoph Walder
Der Film entstand im Rahmen der Kampagne „Rettet Hasankeyf – Stop Ilisu“ und thematisiert eines der umstrittensten Bauvorhaben der Welt: Das geplante Kraftwerk Ilisu am Tigris. Zu Beziehen bei info@eca-watch.at Dort gibt es auch aktuelle Infos über Hasankeyf u.a. auch eine neue Broschüre in Englisch und ein Infoblatt zum Verteilen.
- Vizontelevizyon. Türkei 2001. Regie: Yılmaz Erdoğan
Die Ankunft des ersten Fernsehers aus dem Westen sorgt in der Stadt Hakkari in Ostanatolien für ganz schönen Wirbel.

- Yol – Der Weg. Türkei 1982. Drehbuch: Yılmaz Güney
Goldene Palme 1983 in Cannes. Erst Ende der 90er Jahre durfte dieser Film in einer zensurierten Fassung in der Türkei gezeigt werden.

Internet:

- www.bianet.org: türkisch-englisches Nachrichtenforum
- www.dialogkreis.de: Friedensaktivisten und Menschenrechtler um Andreas Buro
- www.tuerkeiforum.net: deutsch-englische Nachrichten über die türkische Menschenrechtsarbeit
- <http://german.rizgari.com/>, Nachrichtenseite auf kurdisch, türkisch, englisch und Deutsch

Armenienthematik:

- Hans-Lukas Kieser: Der verpasste Friede, Mission, Ethnie und Staat in den Ostprovinzen der
- Türkei 1839 -1938, Chronos, 2000, ISBN 3-905313-49-9
- Jakob Künzler: Im Lande des Blutes und der Tränen, Erlebnisse in Mesopotamien während des Weltkrieges 1914 – 1918, Chronos, 1999, ISBN 3-905313-06-5
- Jörg Berlin, Adrian Klenner . Völkermord oder Umsiedlung? Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich., Papyrossa Hochschulschriften 69, ISBN 3-89438-346-1
- Dialogkreis und Pro Humanitate: Eine europäische Friedensinitiative zur Kurdenfrage ist notwendig 1999, ISBN 3-933884-01-2
- Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden, 2001, ISBN 3-933884-06-3
- Türkei – Kurdistan, Eine Reise durch die jüngste Vergangenheit, Ein Dossier über das Jahr 2000-1, 1999, ISBN 3-933884-02-0
- Zur Lage und zu den Erwartungen der kurdischen Vertriebenen – Eine Studie von Göc-Der 2002, ISBN 3-933884-09-8
- Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage, 2004, ISBN 3-933884-10-1,
- Monitoring-Projekt – Zivile Konfliktbearbeitung – Gewalt- und Kriegsprävention, Dossier II Der türkisch-kurdische Konflikt, Bestellung über Kooperation für den Frieden , Bonn

Weitere Sachberichte

- Kurdistan – Türkei, Medizin unter Kriegsbedingungen, Herausgeber: IPPNW, Berlin, Genocide Watch, Schwarze Risse – Rote Straße, 1996, ISBN 3-924737-20-0
- Krieg und Gesundheit in Kurdistan – Ergebnisse der sozialmedizinischen Fachkonferenz Kurdischer Roter Halbmond, 1997
- „Es ist die Angelegenheit der ganzen Gesellschaft“ Das Gefängnisssystem in der Türkei und
- Nordwest-Kurdistan, ISKU Materialien, 2000, ISBN 3-00-006700-0
- Mehdi Zana: Hölle Nr.5, Tagebuch aus einem türkischen Gefängnis, Verlag Die Werkstatt ISBN 3-89533-209-7
- Leyla Zana: Briefe und Schriften aus dem Gefängnis, Montage Verlag, ISBN 3-932315-00-6
- Abdullah Öcalan: Verteidigungsschriften, Zur Lösung der kurdischen Frage, Visionen einer demokratischen Republik, Kurdistan Informationszentrum, 2000, ISBN 3-00-00-5739-0

- Psychische Folgen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union, 2007, ISBN 978-3-00-026941-7
- KAMER: Symposium alternative education models for the 0-6 age group, 2006, ISBN 978-9944-0840-0-0

»Der Mensch hat nur Kraft, wenn er im Leben und in der Liebe verletzbar bleibt. Mich haben Liebesverhältnisse stark gemacht, wenn sie mich besiegten. Vorausgesetzt, die Verletzungen sind heilbar. Das ist es, was ich unter Seelenpflege verstehe.«

Murathan Mungan

„Lügen entstehen, wenn jeder der Wahrheit etwas hinzufügt.“

(aus seiner Novelle *Tschador*^[5])

Bilder von der Newrozfeier in Diyarbakir.



